forum



DEMOKRATIE!

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT | STADTVERBAND KÖLN | KREISVERBAND RHEIN-BERG | AUSGABE 2-2025

Liebe Kolleg*innen,

Redaktionsschluss:
12.2.2027

Erscheinungsdatum:
31.3.2027

deutschlandweit gingen Ende Oktober unter dem kryptischen Motto „GenZ-regelt“ besonders junge Menschen auf die Straße. Am 20. November soll es weitergehen. Sie beklagen mit Recht ihre Bildungssituation, die sozialen Bedingungen, ihre bedrohlichen Lebensperspektiven durch Klima und Krieg. Sie fordern entschieden eine bessere Politik ein, die sich nicht an neoliberalen Axiomen der Wirtschaft und an mächtigen Lobbygruppen orientiert.

Die Protestierenden sind diejenigen, die wir als Kolleg*innen in unseren Bildungseinrichtungen unterstützen, begleiten und unterrichten. Bei dieser Arbeit haben wir immer wieder das Gefühl, dass wir ihnen nicht gerecht werden. Wir können ihnen nicht gerecht werden, weil unsere Arbeitsbedingungen, die Belastungen im Bildungsalltag immer schwieriger werden - aber auch, weil unser Anspruch, Demokratie vor Ort nicht nur zu lehren, sondern auch einzuüben, oft nicht realisiert werden kann.

Beides schränkt auch die Möglichkeiten ein, als Gewerkschaft etwas zu bewirken. Betriebsgruppentreffen finden, wenn überhaupt, häufig nur in Randbereichen der Arbeit statt, wenn viele eigentlich froh sind, nach Hause zu fahren. Gewerkschaftliche Gremien erfordern viel Zeit, oft sind es GEW-Personalrät*innen, die zeitlich so flexibel sind, an ihnen teilzunehmen. Und allein schon die Sorgen und Nöte der Jugendlichen anzuhören, steht immer unter Zeitdruck, geschweige denn, wirksam zu helfen. Deshalb wird ein Schulterschluss zwischen GenZ und Eltern, von GEW und „Bildungswende jetzt“, immer wichtiger. Wir sitzen nicht nur bildungspolitisch in einem Boot.

Deshalb sind auch unsere Möglichkeiten, eine solche Zeitschrift für euch, liebe Kolleg*innen, ehrenamtlich zu erstellen, immer begrenzt. Wir sind auf eure Beiträge angewiesen, auf eure Reaktionen wie z.B. Artikel und Leser*innenbriefe. Das Heft wird von uns redaktionell betreut – wir sind nicht die Macher*innen, die über unsere gewerkschaftliche Orientierung hinaus eine spezielle politische Linie verfolgen. Diesmal erreichte uns ein längerer kritischer Brief zum letzten Heft (forum 1/2026) mit dem Themenschwerpunkt Friedensbildung und Kriegstüchtigkeit, den wir euch mit diesem QR-Code zur Verfügung stellen.

https://koeln.gew-nrw.de/fileadmin/Untergliederung/Koeln/Dateien_PDFs/forum_PDFs/forum-26-2-Leserbrief.pdf

Der Kollege selbst wird seine Ansichten in einem Artikel zum Thema im Folgeheft darstellen. Der Themenschwerpunkt ist diesmal „Demokratie“ i.w.S. (S. 5-18) Vielleicht findet ihr den einen oder anderen Gedanken, der weiterführt. Eine subjektive Auswahl: Spannend sind die Anregungen, die der Siegburger Konsens für eine Erweiterung des Beutelsbacher Konsens bringt (S.6). Der Rechtsrutsch und das Bildungsverständnis der extremen Rechten machen auch vor den Kolleg*innen nicht halt und setzen sie zusätzlich unter Druck (Maike Finnern, S.5, Sascha Regier als Hinweis). Auch die Sparmaßnahmen des Schulträgers, die durch die Kölner Haushaltssituation gekennzeichnet ist, sind Thema (S. 22). Und wie sich eine Schule dagegen wehrt, findet Ihr auf S. 21. Kurz vor Schluss: Die Veranstaltung zur AFD und der kommenden Landtagswahl mit Prof. Virchow (S. 39)

Schreibt uns über die GEW-Geschäftsstelle (kontakt@gew-koeln.de) bei Kritik, aber gerne auch bei Gelungenem. Macht uns Themen- oder Artikelangebote. Wir freuen uns über jede Rückmeldung, auch auf der Mitgliederversammlung am Mittwoch, 17. März 2027 (s. Rückseite).

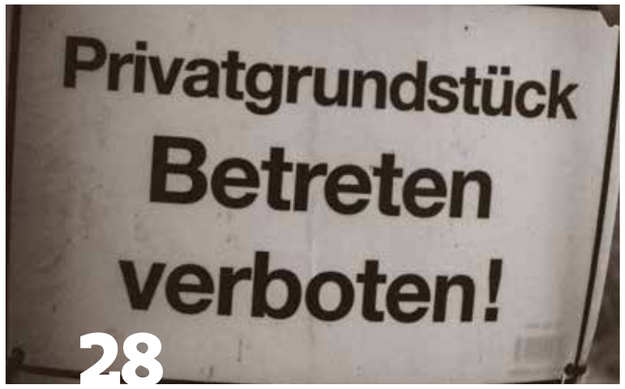
Euch ein abwechslungsreiches Lesevergnügen!
Peter Heim, Redaktion „forum“

Unser ONLINE-KALENDER

Alle **GEW-Termine** im Überblick – leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen (**www.gew-koeln.de**)!



12



28



21



32

forum 2–2026

GREMIEN ZUM MITMACHEN 4

TITELTHEMA
Rechtsrutsch in Schulen 5
Von Beutelsbach nach Siegburg 6
Mehr Demokratie durchsetzen! 8
Demokratie oder nur Krawall? 12
Wie weiter? (oder: „Mehrzweckeier“) 16
Demokratisches Armutszeugnis 18

AUS DEN GREMIEN
Kölner GEW im Friedenspark 19
Neuer LEMK-Ehrenvorsitzender 20

GESELLSCHAFT-BILDUNGSPOLITIK
Holweide wehrt sich 21
Kölner Kürzungshaushalt 22
Klimawandel, Bildung und Gerechtigkeit 24
Neues vom Schulwald 26
KI oder MI? 27
Wie wär´s mal mit der Eigentumsfrage? 28

INTERNATIONALES
Es wird abgeschoben!! 32

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN
Hinter den Kulissen 34
Generationen-Wohnen 35
Zentrum für verfolgte Künste in Solingen 36

Der GEW-KV RheinBerg 37
TERMINE + PETITION 38

KURZ VOR SCHLUSS
Analyse zur AFD - Was tun, auch in NRW? 39

EINLADUNG ZUR MV MIT WAHL DES NEUEN GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTANDS 40

IMPRESSUM

Auf den Internetseiten **www.gew-koeln.de** oder auf **www.gew-nrw.de** sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Peter Heim und Ines Bartenstein

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln
Layout: Atelier Goral, Köln
Titelseite: Stadt Köln (Map), Illu: Goral

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204,
joerg.buschmann@gew-nrw.de

ERWACHSENENBILDUNG

Gernot Back
gernotback@gmx.de

Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Eva Caspers
eva.caspers@gew-nrw.de

Nick Bauermeister
nick.bauermeister@gew-nrw.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann,
0152-27651693
thorsten.albersmann@gew-nrw.de

Katja Nielsen, 0221-5506556
katja.nielsen@gew-nrw.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer,
0221-4305633,
alexander.fladerer@gew-nrw.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gew-nrw.de

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@gew-nrw.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken
hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel,
claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Johannes Nilles
mail@johannesnilles.com

Sonja Gaedicke
sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch
ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647
katrin.reininghaus@gew-nrw.de

Karen Kiethe
karen.kiethe@gew-nrw.de

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,
timo.hemmesmann@gew-nrw.de

Maren Bennemann,
maren.bennemann@gew-nrw.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Fabian Spies
fabian.spies@gmx.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

Nanny Gatzen-Stadter
Nanny.Gatzen-Stadter@t-online.de
0173-2847107

Maria Backhaus
mariabackhaus@netcologne.de

Thomas Martin
tom211007@web.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,
henning.m.frey@web.de

Julian Gürster
julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@gew-nrw.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Till Struve & Elisa Knitsch
jungegew-koeln@gew-nrw.de

LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder,
treder.silvia@gmail.com

Firdevs Sinemillioglu
firdevs.sinemillioglu@gew-nrw.de

OFFENER GANZTAG

Marcel Wilmes
marcel.wilmes@gew-nrw.de

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki
T: 0221-684871
E-Mail: annrat@gmx.de

Ludger Reiberg
ludger@reiberg.de

FRIEDEN & INTERNATIONALES

Peter Heim
peter.heim@posteo.de
0221-94658008

Christina Krautwurst
chrissy7@gmx.de

Jeden 2.Dienstag im Monat 17.30h

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Katrin Leineweber
katrin.leineweber@googlemail.com

Elisabeth Sussiek-Sorajic
elisabeth.sussiek-sorajic@gew-nrw.de

Michael Pfennig
michael@pfennig.nrw

AG GEWERKSCHAFT GEGEN RECHTS

Sascha Regier,
sascha.regier@gew-nrw.de

Niclas Uebels, n.uebels@posteo.de

www.gew-koeln.de

„Was bedeutet der Rechtsrutsch für unsere Bildungseinrichtungen?“

Ein Bericht über die Info- und Diskussionsveranstaltung mit Maike Finnern, Bundesvorsitzende der GEW



Peter Heim, Mitglied der „forum“-Redaktion und des Geschäftsführenden Vorstands

Manche Lehrer*innen bei uns parken ihr Auto nicht mehr auf dem Parkplatz vor der Gewerkschaft.“ Dieses Beispiel blieb vielen Teilnehmenden im Gedächtnis. Es bezog sich auf Magdeburg. Als Vorsitzende der GEW erfährt Maike Finnern viel von der Situation der Kolleg*innen vor Ort.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Stadtverbands: „GEWerkschaft für Demokratiebildung“ referierte sie am 02.09.2026 über die zunehmende Rechtsentwicklung in den deutschen Bildungseinrichtungen, insbesondere in den Schulen.

Sicherlich ist die Angst, dass in einen Autoreifen gestochen wird, noch die Ausnahme, um Menschen im Bildungsbereich einzuschüchtern. Manchmal ist es einfach die Unsicherheit, ob unter Schüler*innen vielleicht jemand ist, der darauf wartet, dass eine Äußerung nicht „neutral“ ist - angesichts eines Wahlergebnisses von 43 % für die AfD in Sachsen-Anhalt eine nicht unbegründete Sorge ... Aber auch im Schnitt über ganz Deutschland fürchtet jede achte Lehrkraft negative Reaktionen, wenn sie sich im Unterricht für demokratische Werte einsetzt, also bei Konflikten, die auf Provokationen aufsetzen, z.B. wenn rechtsextreme Symbole und Codes gezeigt werden, auf rassistische oder antisemitische Äußerungen oder Äußerungen, die die Vielfalt unserer Gesellschaft betonen.

Aber in ganz Deutschland nehmen rechtsextreme Vorfälle zu. „Die Bildungseinrichtungen spiegeln gesellschaftliche Entwicklungen, Polarisierungs- und Radikalisierungsdynamiken wider.“, so Maike Finnern. Angesichts eines Kulturkampfes um die Meinungshoheit und eines Kampfes um die politische Macht geraten die Bildungs- und Kultureinrichtungen, Gewerkschaften und NGOs in den Bundesländern vermehrt unter Druck. Da geht es um ein bestimmtes Kultur- und Bildungsverständnis (zu letzterem referierte Sascha Regier wenige Wochen später bei der Veranstaltung „Bildung gegen die Demokratie. Das Bildungsverständnis der AfD und Neuen Rechten“*). Dabei verbietet das sogenannte Neutralitätsgebot nicht, das Grundgesetz mit seinem Diktum in Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ zu verteidigen, ganz im Gegenteil.

Aber 57 % der Lehrkräfte wünschten sich mehr Unterstützung bei solchen rechtsextremen Angriffen. Maike Finnern führte in ihrer kompakten Präsentation durch verschiedene Aspekte des Themas. Neben empirischen Befunden zeigte sie auch die rechtliche Situation in diesem Feld auf.

In der anschließenden Diskussion ging es besonders um die Frage: Was darf ich als Lehrkraft eigentlich noch sagen? Aus der Runde kam die Ermutigung, sich zu trauen, zu widersprechen: Wenn nicht jetzt, wann dann? Aber es wurde auch deutlich, dass es institutionellen Rückhalts bedarf: Haltung braucht Strukturen. Hier kommt u.a. auch die Gewerkschaft ins Spiel. Die Kolleg*innen sollten ermutigt werden, sich zu organisieren. Maike Finnern sagte die Unterstützung der GEW zu, auch in rechtlicher Hinsicht. Eine weitere Frage war, wie dieses Widersprechen praktisch geht. Hier gibt es Aufklärungs- und Fortbildungsbedarf - Bedarf für Empowerment: Auch ein Feld für die GEW.

GEW-Broschüre (Hrsg.): Mythos Neutralität. Demokratie stärken und Haltung zeigen im Schulalltag. Rechtliche Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Lehrkräfte.

https://koeln.gew-nrw.de/fileadmin/Untergliederung/Koeln/Dateien_PDFs/Schule-zeigt-Haltung.pdf

* Passend dazu der sehr informative Vortrag von Sascha Regier, Referat K Gewerkschaftliche Bildung der GEW NRW, vom 6.10.2026: „Bildung gegen die Demokratie. Das Bildungsverständnis der AfD und Neuen Rechten“

https://koeln.gew-nrw.de/fileadmin/Untergliederung/Koeln/Dateien_PDFs/forum_PDFs/Bildungsverstaendnis-Neue-Rechte-AfD-2026-10-06.pdf

Nicht neutral! – Haltung zeigen mit dem Siegburger Konsens

Der Siegburger Konsens - Ein Aufruf an alle Schulen, gemeinsam Haltung zu zeigen und aktiv für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt einzustehen

Michael Jansen,
Initiator des Siegburger Konsenses und
Lehrkraft im Rhein-Sieg-Kreis

Im Oktober 2024 habe ich bei der „Bildungswerkstadt“ in Siegburg als spontane Krankheitsvertretung zwei Workshops zum Thema „Mythos Neutralitätsgebot“ angeboten. Aus den beiden Workshops heraus gab es den Wunsch, gemeinsam weiter an der Thematik zu arbeiten. Beim Abschlussplenum der Veranstaltung bin ich dem Aufruf der Moderatorin Myrle Dziak-Mahler von der „Montag-Stiftung“, „Banden“ zu bilden, kurzerhand gefolgt und habe eine Arbeitsgruppe zum Thema der Workshops in Siegburg ins Leben gerufen.

Genese des Siegburger Konsenses

Aus der „Bildungswerkstadt“ in Siegburg im Oktober 2024, einer verpflichtenden Fortbildungsveranstaltung für alle Lehrkräfte der Siegburger Schulen, entstand ab Herbst 2024 eine Arbeitsgruppe von Mitgliedern verschiedener Siegburger Schulen. Diese Arbeitsgruppe setzte sich mit Fragen rund um den „Mythos des Neutralitätsgebots“ auseinander. Wir beschäftigten uns mit dem Beutelsbacher Konsens von 1976 (https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/) und hatten den Eindruck, dass es aktuell wichtig wäre, den drei Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schüler:innenorientierung), ein weiteres, viertes Prinzip hinzuzufügen: Das wir nicht neutral gegenüber verfassungsfeindlichen Positionen sein dürfen!

Erste Veröffentlichung des Siegburger Konsenses

Genau ein Jahr nach meinen beiden Workshops im Herbst 2024 bei der „Bildungswerkstadt“ veröffentlichten wir dann bei der „Bildungswerkstadt“ im Herbst 2025 zum ersten Mal unseren Siegburger Konsens. Wir luden alle Siegburger Lehrkräfte ein, sich per Unterschrift zu unserem Text zu bekennen. Dieses Unterschriften-Formular findet ihr auch auf unserer Homepage https://siegburger-konsens.de (ohne www ;-) unter „Downloads“. Die ersten Lehrkräfte unterschrieben und wir waren dankbar, dass wir uns auf einem guten Weg befanden.

Ein Posting der „Teachers for Future“ zieht Kreise

Im Dezember 2025 gab die Stadt Siegburg dann eine Pressemitteilung zu unserem Projekt heraus. Diese Pressemitteilung postete ich in einer Signal-Gruppe des Vereins „Teachers for Future Germany e.V.“ (https://teachersforfuture.org/), worauf deren Bundesvorsitzende Nora Oehmichen einen LinkeIn-Post zum Siegburger Konsens erstellte. Aufgrund der hohen Reichweite von Frau Oehmichen, gab es sehr viele positive Reaktionen auf ihren Post. Der Siegburger Konsens wurde daraufhin vielfach erwähnt, zum Beispiel vom Bildungsmagazin „News for Teachers“, dem Kampagnenverein www.campact.de, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg, usw. usw.

Pressekonferenz im Februar 2026

Was als kleines Siegburger Lehrkräfte-Projekt angefangen hatte, bekam durch den LinkedIn-Post von Nora Oehmichen deutschlandweite Aufmerksamkeit. Wir mussten nun schnell auf das große Echo reagieren, richteten eine Website, eine Mailadresse, einen Instagram- und einen TikTokAccount ein und luden für den 23. Februar 2026 zu einer Pressekonferenz nach Siegburg. Der WDR berichtete in der Lokalzeit über uns und im Bonner Generalanzeiger erschien ein Artikel über den Siegburger Konsens. Ab diesem Zeitpunkt überhäuften uns die Anfragen zu unserem Projekt.

Landesweite Aufmerksamkeit bis in den hohen Norden

Wir schienen einen Nerv getroffen zu haben. Plötzlich wurde der Siegburger Konsens im reichweitenstarken Newsletter und auf der Website des Recherchenetzwerkes „Correctiv“ erwähnt und auch auf den Seiten des Zentrums für politische Schönheit gab es ein Video des Bildungsinfluencers Tarek Zaibi (@edutarek), welches den Siegburger Konsens in wenigen Sätzen gut erklärt (https://der-adenauer.de/schulen/). Im schleswig-holsteinischen Landkreis Dithmarschen verabschiedeten Lehrkräfte die „Dithmarscher Erklärung zum Siegburger Konsens“, die ein starkes Bekenntnis zu unserem demokratischen, werteorientierten und faktenbasierten Bildungsauftrag ist.

Internationale Aufmerksamkeit bis nach Spanien

Aber nicht nur innerhalb Deutschlands bekamen wir aus Städten wie Frankfurt, Osnabrück, Münster usw. positive Rückmeldungen zu unserem Projekt. Auch im europäischen Ausland wurde unser Konsens rezipiert. Auf den österreichischen Seiten „Politik Lernen“ (www.politik-lernen.at) wird der Siegburger Konsens als „Grundlagendokument“ der politischen Bildung aufgeführt. Als dann am 28. April 2026 ein Forschungsartikel („The Swedish model of civic education: achievements, paradoxes and lessons for Spain from comparative European experience“) der spanischen Professorin María José Vicente Vicente den Siegburger Konsens erwähnt, waren wir sehr dankbar, dass unser Projekt so gut ankommt und sich schon so weit verbreitet hat.

Aufruf zur Vernetzung

Wir würden den Siegburger Konsens sehr gerne an alle Schulen, Universitäten und Ausbildungszentren (z.B. die ZfsLs) bringen. Helft uns gerne dabei, da wir diese ehrenamtliche Arbeit nicht alleine schaffen können. Meldet euch per E-Mail bei uns unter konsens@siegburg.de Wir freuen uns sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit mit euch.


SIEGBURG

FEBRUAR 2026

Siegburger Konsens

Einleitung

Angesichts der zunehmenden Gefährdung demokratischer Werte bekennen wir uns als Lehrkräfte der Schulen in Siegburg zu den Grundprinzipien einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft. Unser Bildungsauftrag basiert auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verpflichtung, Demokratie aktiv zu fördern. Wir stellen uns als Lehrkräfte klar gegen jedwede Demokratiefeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung. Diese Positionierung erweitert den Beutelsbacher Konsens, welcher die Prinzipien des Überwältigungsverbots, der Kontroversität und der Schüler*innenorientierung beinhaltet.

Was ist der Siegburger Konsens?

Auf Basis rechtlicher Grundlagen (z.B. Beamtengesetz, Grundgesetz) bekräftigen wir als Schulen in Siegburg unsere Verpflichtung, Demokratie und Vielfalt aktiv zu fördern und für diese einzustehen:

- Wir dulden keine Form von Menschenfeindlichkeit, Rassismus oder Extremismus an unseren Schulen.
- Wir vermitteln Schüler*innen eine kritische und mündige Haltung, um demokratische Prozesse zu verstehen und sich aktiv sowie friedfertig in die Gesellschaft einzubringen.
- Wir fördern Respekt, Toleranz und eine offene Gesellschaft, die auf den Werten des Grundgesetzes basiert.
- Wir rufen dazu auf, diese Prinzipien aktiver im Arbeitsalltag umzusetzen und vorzuleben.

1 NICHT NEUTRAL | 2 ÜBERWÄLTIGUNGS VERBOT | 3 KONTROVERSITÄTS GEBOT | 4 SCHÜLER*INNEN ORIENTIERUNG

Fazit

Mit diesem Konsens bekennen wir uns zu einer Schule, die demokratische Werte nicht nur vermittelt, sondern auch vorlebt. Wir rufen alle Mitglieder der Schulgemeinschaft – Lehrkräfte, Mitarbeitende, Schüler*innen und Eltern – auf, diesen Weg gemeinsam zu gehen und aktiv für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt einzustehen. Wir wollen aktiv Haltung für diese Werte zeigen!

1

Nicht neutral gegenüber verfassungsfeindlichen Positionen!

Oft wird behauptet, Lehrkräfte müssten sich politisch neutral verhalten und dürften sich nicht öffentlich gegen bestimmte Ideologien positionieren. Dem widersprechen wir entschieden. Gleichgültigkeit gegenüber verfassungsfeindlichen Positionen darf es in der politischen Bildung nicht geben.Wir müssen die Demokratie und die Menschenrechte verteidigen. Mehr noch: Das Grundgesetz[1] verpflichtet Beamt*innen sogar dazu, aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Menschenwürde und die übrigen Grundrechte einzustehen. Daraus folgt: Lehrkräfte dürfen und müssen sich gegen jede Form der Demokratiefeindlichkeit und damit gegen Rassismus, Antisemitismus sowie jede Form von Extremismus, sei er politisch oder religiös motiviert, positionieren. Der „Siegburger Konsens“ fordert keine parteipolitische Einflussnahme, sondern setzt sich für grundlegende demokratische Werte ein. Dies entspricht der im Grundgesetz verankerten wehrhaften Demokratie, die sich aktiv gegen ihre Feinde verteidigen muss.[2]

Überwältigungsverbot

Kein Mensch darf in der Schule – sei es durch Lehrkräfte, Mitschüler*innen oder externe Einflüsse – in eine bestimmte politische Richtung gedrängt oder indoktriniert werden. Stattdessen vermitteln Lehrkräfte fundierte Informationen und eröffnen einen kritischen Diskurs, sodass sich jede*r eine eigene Meinung bilden kann. Demokratie lebt von mündigen Bürger*innen, nicht von Bevormundung.[3] Lehrkräfte dürfen ihre eigene politische Meinung nicht als alleinige Wahrheit darstellen oder Schüler*innen in eine bestimmte parteipolitische Richtung drängen.[4]

Kontroversitätsgebot

Was in Gesellschaft, Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden. Lehrkräfte fördern eine Kultur des respektvollen Meinungsstreits und ermöglichen es Schüler*innen, verschiedene Perspektiven kennenzulernen, Argumente abzuwägen und sich begründet zu positionieren. Dabei steht nicht die persönliche Meinung der Lehrkraft im Vordergrund, sondern eine sachliche Auseinandersetzung mit den Themen.[5] Das Bundesverfassungsgericht stellt klar, dass der Staat und seine Amtsträger*innen gegenüber extremistischen und verfassungsfeindlichen Positionen nicht neutral sein dürfen. Vielmehr haben sie die Aufgabe, die Demokratie aktiv zu schützen.[6]

Schüler*innenorientierung

Unser Ziel ist es, Schüler*innen in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Interessen und Werte in einer demokratischen Gesellschaft aktiv zu vertreten. Dazu gehört die Fähigkeit, politische Prozesse zu verstehen, sich kritisch mit Informationen auseinanderzusetzen und aktiv an gesellschaftlichen Debatten teilzunehmen.
Politische Bildung muss ermutigen und dazu beitragen, dass Schüler*innen Zivilcourage entwickeln und Verantwortung für sich und andere übernehmen.[7]

Schüler*innen soll nicht beigebracht werden, was sie tun oder denken sollen. Sie sollen dazu befähigt werden, als mündige Bürger*innen agieren zu können. Das bedeutet auch, dass sie ihre eigenen Werte vertreten dürfen und sollen. Wenn diese Werte aber im Widerspruch zum Grundgesetz oder den Menschenrechten stehen, dann muss diesen nicht nur kein Raum gegeben, sondern auch direkt und unmissverständlich widersprochen werden.[8]

Demokratie verteidigen? – Demokratie ausbauen!

Direkte Demokratie, freies und imperatives Mandat, Fraktionszwang, Volksentscheid, Scherbengericht – alles hat irgendwie mit Demokratie zu tun. Manches ergänzt sich, anderes steht sogar im Widerspruch zueinander. Und nun?



Guido Schönian, Mitglied der „forum"-Redaktion

Die Personalversammlung der Lehrkräfte an Gesamt- und Sekundarschulen im Regierungsbezirk Arnsberg fand im September zum Schwerpunktthema „Haltung zeigen, Rechtssicherheit stärken – Demokratiebildung an unseren Schulen" statt. Auch im benachbarten Köln scheint der Gesamtschulpersonalrat ganz unter dem Eindruck der jüngsten Wahlerfolge der anti-demokratischen AfD zu stehen. Denn hier entschied man sich für „Demokratie und Schule" als Motto der jüngsten Personalversammlung, die mit ihren über 500 Teilnehmenden übrigens als bestbesuchte in ganz NRW gilt.

Vielerorts ist dieser Tage die Rede davon, dass „die Demokratie" vor „den Feinden der Demokratie" verteidigt werden müsse. Doch was macht sie eigentlich aus, „die Demokratie"? – Sind es nur die freien, gleichen und geheimen Wahlen?

Als „größte Demokratie der Welt" wird oft Indien bezeichnet. Kommentator*innen, die diesen Ausdruck verwenden, wollen damit auch (oder vor allem?) ausdrücken, dass der andere bevölkerungsreichste Staat der Welt, das benachbarte China, eben keine Demokratie sei.

Doch was ist das Demokratische an Indien? Auf dem Subkontinent existiert seit Jahrtausenden ein Kasten-System, das das Leben eines Menschen sozusagen pränatal vorbestimmt. Von Gleichheit kann nicht wirklich die Rede sein.

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben: Dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde."

J. Goebbels, nachdem die Reichstagsabgeordneten aller Parteien nur sieben Wochen nach der Machtübergabe an die NSDAP für das Ermächtigungsgesetz und die Errichtung der Diktatur gestimmt hatten; die SPD stimmte dagegen, die KPD war bereits verboten

Dass es sich bei China mitnichten um einen „sozialistischen Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes" handelt (wie die dortige Staatsführung ihn nennt), steht außer Frage. Es herrschen weder Meinungs-, noch Presse- oder Versammlungsfreiheit, stattdessen eine Clique alter Männer, die sich untereinander nicht trauen. Im als demokratisch geltenden Nachbarland Indien greift trotz offizieller Abschaffung im Jahr 1950 weiterhin die gesellschaftliche Benachteiligung bzw. Unterdrückung der unteren Kasten (mit 240 bis 300 Millionen Menschen immerhin rd. ein Viertel der Gesamtbevölkerung). Aktuell ließ die Regierung gerade durch die Wahlkommission mehr als 130 Millionen Namen aus dem Wählerverzeichnis streichen, wovon über 13 Prozent der insgesamt rund 970 Millionen Wahlberechtigten des Landes betroffen sind. Im Oktober hat dies zu massiven politischen Spannungen, juristischen Schritten und tagelangen Straßenprotesten in Neu-Delhi geführt.

Was ist es, das ein Land zur Demokratie macht?

Sind es schlicht und einfach die Wahlen, die alle paar Jahre stattfinden? Und weshalb ist Bremen – um wieder die deutsche Situation in den Fokus zu nehmen – mittlerweile das einzige Bundesland, in dem noch alle vier Jahre gewählt wird, während alle anderen spätestens seit 2015 auf den Fünf-Jahresrhythmus umgestellt haben?

Für sich genommen kommt der Begriff „Demokratie" aus dem Altgriechischen und besteht aus demos (= Volk) und kratos, was so viel wie Macht oder Herrschaft bedeutet. In der Demokratie herrscht also das Volk! Hieraus ergeben sich (mindestens) zwei Fragen: Wie weit reicht sie, diese Herrschaft durch das Volk? Und zweitens: Wer wird überhaupt zugelassen zu diesem merkwürdigen Konstrukt namens Volk?

Im alten Preußen war das ganz einfach! Vor der Märzrevolution von 1848 kam nur den Grundeigentümern (Frauen waren ausgeschlossen!) das Wahlrecht zu. Gewählt wurden lediglich die sogenannten Provinzialstände, die ausschließlich zu lokalen Angelegenheiten beschließen konnten. Nach der Revolution und der umgehend einsetzenden Restauration (= der König machte Zugeständnisse wieder rückgängig) wurde 1850 das Dreiklassenwahlrecht eingeführt.

George W. Bush (2000) und Donald Trump (2016) wurden nicht durch Stimmenmehrheit (popular vote), sondern mittels der „Wahlmänner" im electoral college zu Präsidenten. Bush hatte eigentlich mehr als eine halbe Million Stimmen weniger als sein damaliger Kontrahent. Im Falle von Trump lag dieser sogar fast drei Millionen Stimmen zurück.

Wer herrscht durch wen für wen?

1863 prägte der damalige US-Präsident Lincoln in seiner Rede zur Eröffnung des Soldatenfriedhofs für die Opfer des noch andauernden Bürgerkriegs die „Gettysburg-Formel". Demnach solle „diese Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk nicht von der Erde verschwinden" („that government of the people, by the people, for the people, […] not perish from the earth").

Toll! Doch bis heute besteht das System der „Wahlmänner" in den USA (wodurch schon Menschen zum Präsidenten wurden, die gar keine Stimmenmehrheit beim Wahl-Volk hatten!). In Britannien wird die dortige Form der Demokratie ebenso durch das Mehrheitswahlrecht bestimmt, wie in Frankreich (wodurch weit über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen unter den Tisch fallen können, wenn sie nicht auf die mit einfacher Mehrheit gewählte Kandidatur entfallen).

Festzustellen bleibt, dass wohlklingende Formeln zwar das eine sind. Die tatsächlich vollzogene Art und Umsetzung von Demokratie aber oftmals etwas ganz anderes ist.

Auf eine*n Bundestagsabgeordnete*n kommen rein rechnerisch rund 45 eingetragene Lobbyist*innen.

Für das heutige Deutschland gilt, dass auf eine*n Bundestagsabgeordnete*n rein rechnerisch 45 eingetragene Lobbyist*innen kommen. Laut „Lobbyregister des Dt. Bundestags" sind in Berlin z.Zt. 33.200 „im Lobbyismus tätige Personen" eingetragen, die mit der Beratung der 733 Abgeordneten beschäftigt sind. Diese Berater*innen vertreten nicht „das Volk", sondern 6.310 Organisationen und Verbände, die dafür zuletzt einen Aufwand im Wert von einer Milliarde Euro betrieben haben, so www.tagesschau.de. Angesichts dieser Zahlen lässt sich unschwer vermuten, wer da wohl die effektivste Interessenvertretung auf Bundesebene vorweisen kann. „LobbyControl" ermittelte, dass „70 Prozent der eingesetzten Ressourcen und Akteure […] auf Wirtschafts- und Unternehmensinteressen" entfielen. Spitzenreiter bei der Einflussnahme auf Bundestagsabgeordnete ist der „Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft", gefolgt vom „Verband der Chemischen Industrie", den Energie- sowie den Autokonzernen.

Jetzt könnte ja eine*r einwenden, dass es doch allen Beschäftigten dient, wenn Konzerne (= Arbeitgeber) bei „der Politik" ihre Interessen anbringen. Schließlich werden am Ende Arbeitsplätze gesichert. Und das dient wiederum dem Volk als Souverän.

Ein Gegen-Beispiel von vorletztem Monat gefällig? – Hier ist es: Der VW-Konzern, der dem Land Niedersachsen ohnehin zu 20 Prozent gehört (Stichwort: Sperrminorität), drohte den 1.800 Beschäftigten des Werks in Osnabrück mit der Schließung. Als die „Rosa-Luxemburg-Stiftung" die Fortführung als Fabrik für smarte Busse für den ländlichen ÖPNV vorgeschlagen hat, haben die Verantwortlichen der IG Metall und die Landesregierung das abgelehnt, „weil man Volkswagen nicht aus der Verantwortung" entlassen wolle, so die Begründung. Einige Zeit später jedoch stieg das Land Niedersachsen mit 200 Millionen Euro ein, übernahm den Standort komplett und vollzog die Umwidmung der Autofabrik in die „Sicherheits- und Verteidigungsindustrie". Hier werden künftig Panzer und Kanonen produziert!

Thorsten Gröger, Bezirksleiter der IG Metall in Niedersachsen sagte dazu: „Wenn wir so viel Mitbestimmung hätten, dass wir entscheiden würden, was wo produziert wird, dann wäre vielleicht auch die Diskussion eine andere" (zitiert

nach „Le Monde diplomatique“ vom 10.9.26).

Die Diskussion wäre nicht vielleicht, sondern ganz klar eine andere! Also: sich fügen und vom Autozum Bombenbau wechseln oder nein sagen und Sinnvolles tun?

Revolution als Treiber der Demokratie

Kurz zurück ins Dt. Reich, wo in Preußen, dem bei Weitem größten Flächenland, bis zur nächsten Revolution im November 1918 nur Männer ab dem vollendeten 25. Lebensjahr wahlberechtigt waren. Dieser Zustand war natürlich ein Fortschritt, der jedoch über einen Zeitraum von fast 70 Jahren anhielt und dessen gravierende Einschränkungen erst durch den nächsten Volksaufstand beseitigt werden sollten. Wer Fürsorge bezog oder (ab 1874) als „aktive Militärperson“ galt, war ebenso ausgeschlossen wie weiterhin sämtliche erwachsene Frauen. Zwar machten die Bauern und Arbeiter inklusive ihrer Familien über 70 Prozent der Bevölkerung aus. Bei den Wahlen betrug der Anteil ihrer Stimmen weit mehr als 80 Prozent. Das Gesamtergebnis konnten sie aber nur zu exakt einem Drittel beeinflussen. Daher der Begriff „Drei-Klassen-Wahlrecht“. Dieses Wahlverfahren führte in Kombination mit der Wahlkreiseinteilung zur starken Bevorzugung der konservativen Kräfte, die 1913 lediglich knapp 15 Prozent der sogenannten Urwählerstimmen erhielten, im Abgeordnetenhaus aber 149 der 443 Sitze bekamen (was gut einem Drittel entsprach). Trotz ihres Stimmenanteils von gerade einmal zwei Prozent entfielen sogar 53 Sitze auf die „Freikonservativen“. Die SPD hingegen kam auf 28,4 Prozent der Urwähler, durfte aber nur mit zehn Abgeordneten lediglich 2,3 Prozent der zu vergebenden Sitze besetzen.

„Wäre es nicht am besten, wenn in Parlamenten über Gesetze gesprochen und abgestimmt wird, und dann aber die Menschen im Land darüber entscheiden, ob sie das so wollen oder nicht?“

Schülerin einer Kölner Gesamtschule, Jahrgang 9

Erst durch den Aufstand der Matrosen und die folgende Revolution, die den Ersten Weltkrieg beenden sollte, wurde nicht nur die Monarchie und das Dreiklassenwahlrecht beseitigt, sondern auch das Frauenwahlrecht erkämpft. (1918 war meine Großmutter bereits 23 Jahre alt. Es ist also noch gar nicht so unfassbar lange her!; Anm. d. Autors)

„Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden, und Bildung ist ihre Hebamme.“

John Dewey, US-amerikanischer Pädagoge und Verteidiger Trotzkis gegen den Stalinismus

Innerschulische, betriebliche und gewerkschaftliche Demokratie

Verlassen wir die parteipolitische Ebene mit den historischen Beispielen, um uns den uns näher liegenden Instanzen zuzuwenden, dann fällt der erste Blick womöglich auf die uns bekannten Mitbestimmungsgremien. Und was gibt es da nicht alles! – Klassenpflegschaft, Schulpflegschaft, Steuerungsgruppe, Lehrerrat, Personalrat, Elternbeirat, Betriebsrat, MAV undundund.

Ihnen allen ist gemein, dass sie um- und durchsetzen können, was die Menschen, die ihnen angehören, um- und durchzusetzen Willens sind (natürlich im Rahmen der rechtlichen Vorgaben). Doch ist ihr Handeln transparent? Handeln die in diese Gremien Gewählten so, dass ihre Beschlüsse am Ende auch von den Menschen unterschrieben werden würden (die ja in oft nicht geringem Ausmaß davon betroffen sind)?

In unserer GEW werden zum Beispiel die tarifbeschäftigten Kolleg*innen noch nicht einmal gefragt, ob unsere Vertreter*innen in Tarifrunden den Arbeitgeber-Angeboten zustimmen oder sie ablehnen sollen. Bis heute gibt es keine Mitgliederbefragung zur Frage, ob das Verhandelte auch von den Betroffenen mitgetragen wird.

Bei ver.di oder der IG Metall gibt es solche Mitgliederbefragungen. Als die ÖTV (aus der 2001 die ver.di hervorging) 1992 einen elftägigen flächendeckenden Arbeitskampf im öffentlichen Dienst mit bis zu 330.000 Streikenden führte und zu einer Lohnerhöhung von nur 5,4 Prozent kam, stimmten doch tatsächlich über 50 Prozent der Mitglieder gegen die Annahme und eine Fortführung des Streiks.

Kennzeichen einer Demokratie sind laut „Bundeszentrale für politische Bildung“ (bpb):

- **Volkssouveränität:** Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus.
- **Gewaltenteilung:** Zur Machtbegrenzung wird die Staatsgewalt in drei getrennte Bereiche aufgeteilt, die bekannt sind als 1. gesetzgebende Gewalt (Parlament/Legislative), 2. ausführende Gewalt (Regierung und Verwaltung/Exekutive) und 3. rechtsprechende Gewalt (unabhängige Gerichte/Judikative).
- **Wahrung der Grundrechte:** Der Staat und seine Organe sind an das geltende Recht und die Verfassung gebunden. Es gilt die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Jeder Mensch besitzt unveräußerliche Grundrechte, wie zum Beispiel die Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Minderheiten werden geschützt.

Die Novemberrevolution brachte auch das „Weimarer Betriebsrätegesetz“ von 1920, wodurch gewählte Arbeitnehmervertretungen erstmals gesetzlich verankert wurden. 1934 wurde es von den Nazis abgeschafft und erst 1952 durch das Betriebsverfassungsgesetz neu aufgelegt. Heute steht die betriebliche Mitbestimmung erneut unter Beschuss…



Auf dem Höhepunkt des ÖTV-Streiks von 1992; Foto: Archiv

Gewerkschaftsvorstand mitsamt Tarifkommission setzten sich jedoch über das Votum hinweg und brachen den Streik trotzdem ab, was zu einer massiven Vertrauenskrise und Demokratiedebatte an der gewerkschaftlichen Basis führte. Heute müssen mindestens 75 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder ein Tarifergebnis (oder ein Arbeitgeberangebot) ablehnen, damit offiziell und rechtlich bindend mit Erzwingungsstreiks fortgefahren bzw. ein unbefristeter Arbeitskampf eingeleitet werden kann. Das nennt man wohl: Demokratie-Abbau!

Legitimiert werden derlei Strukturen üblicherweise durch Rechenschaftsberichte, die meist im jährlichen Turnus oder gar erst zum Ende einer Amtszeit vorgelegt werden (müssen). Doch dann sind die Entscheidungen bereits gefällt und sind nur schwerlich bis gar nicht mehr korrigierbar.

Die attische Demokratie und die Haudenosaunee oder: Was tun, wenn „die da oben“ Mist machen?

Als Wiege der Demokratie gilt das Gesellschaftsmodell im antiken Athen. Das wichtigste Instrument zur Verteidigung der Demokratie war der Ostrakismus, das Scherbengericht. Es funktionierte wie folgt: Wurde mit mindestens 6.000 Stimmen entschieden, dass die Durchführung des Scherbengerichts nötig sei, so schrieben oder kratzten die Bürger den Namen des Politikers, den sie loswerden wollten, auf eine Tonscherbe (Ostrakon). Derjenige, dessen Name am häufigsten genannt wurde, musste binnen zehn Tagen die Stadt verlassen und für zehn Jahre ins Exil.

Überhaupt war das Los ein übliches Werkzeug, um Ämter zu besetzen. Ziel war es, Machtmissbrauch zu unterbinden und die demokratischen Abläufe zu kontrollieren. Es gab allerdings eine nicht ganz unwesentliche Einschränkung: Zugewanderte (sog. Metöken), Sklav*innen und attische Frauen hatten keine Bürgerrechte. Die attische Demokratie wurde also nur von rd. zehn Prozent der Bevölkerung, den männlichen „Politen“ (Erwachsene über 18 mit zweijähriger militärischer Ausbildung) ausgeübt.

Die wahrscheinlich älteste noch existierende Demokratie der Welt wird unter den Haudenosaunee (dt.: Leute bzw. Erbauer*innen des Langhauses) im heutigen Grenzgebiet zwischen Kanada und den USA gelebt. Wie alt diese Form der Demokratie und Mitbestimmung ist, lässt sich nach unseren Maßstäben nicht beziffern, da Jahreszahlen in der mündlichen Überlieferung der „six nations“, wie die Haudenosaunee [Hoh-din-oh-schoh-nih] auch bezeichnet werden, keine Rolle spielen. Sie existierte jedoch weit vor der sogenannten Entdeckung Amerikas durch Europäer.

Kernmerkmal dieser Gesellschaft war und ist das Matriarchat. Jedes Oberhaupt (Häuptling) musste von mehreren Räten geprüft und anerkannt werden. Ohne die Anerkennung der Clan-Mütter und schließlich des Volkes ging gar nichts.

Überliefert ist die Anekdote, dass die Häuptlinge der six nations in schallendes Gelächter ausgebrachen, als man ihnen mitteilte, dass die Gesellschaften in Europa von Autokraten geführt und auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam basieren würden. Wie konnte es da sein, dass sie außerhalb Europas die Moral predigten?

Der Frage der Moral nahm sich 1938, kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, ein gewisser Leo Trotzki an, der von Stalin ins Exil gejagt worden war. Er warf den kapitalistischen Demokratien Heuchelei vor. Dieselben Regierungen, die Gewalt im Namen des Sozialismus verurteilten, würden zu kolonialer Unterdrückung, imperialistischen Kriegen und rücksichtsloser Gewalt greifen, wenn es ihren eigenen Interessen dient.

Was das Verhältnis vom Zweck zu den Mitteln angeht, die dafür in Frage kämen, so sei all das moralisch gerechtfertigt, was einem wirklich befreienden Zweck dient: der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Mittel, die zu Spaltung führen (wie etwa das Abbrennen des Rathauses von Limoges in Frankreich am 17. Oktober dieses Jahres), täuschen oder schwächen (wie es der Stalinismus in der Sowjetunion tat), seien daher falsch und verwerflich. (Quelle: L. Trotzki: Ihre Moral und unsere, Manifest Verlag 2024)

By the way:

Da sich dieser Artikel ja im Grunde mit der Be-, der Fehl- wie auch der Um-Deutung des Demokratie-Begriffs befasst, darf am Ende eine wichtige Bitte nicht fehlen. Denn ein existenzbedrohender Feind der Demokratie ist die Korruption. Wir müssen ganz schnell aufhören, diese mit dem Wort „Klüngel“ zu verniedlichen und zu verharmlosen. Korruption ist Diebstahl öffentlicher Gelder und untergräbt das Vertrauen in die Demokratie – egal in welcher Spielart sie auch gerade existieren mag. Abhilfe kann da nur die Ausweitung der Demokratie schaffen. Wie wäre es zum Beispiel mit der Offenlegung der Geschäftsbücher, einer permanenten Rechenschaftspflicht oder der permanenten Wähl- bzw. Abwählbarkeit von Funktionsträger*innen?



Die Generation six-seven wiederholt 1968 in Marseille am 13. Oktober 2026



In der ersten Reihe: Die Aktiven Ruheständler*innen der verschiedenen Gewerkschaften schützen die Schüler*innen-Demo in der ersten Reihe.

Fotos: G. Schönian

Demokratie auf der Straße

Den Anfang machten die Gymnasiast*innen, dann zogen die Gewerkschaften, die Partei LFI und die „Gelbwesten“ nach: ein Gespräch mit einem Studi-Aktivisten aus Marseille über Möglichkeiten und Probleme einer neuen sozialen Bewegung in Frankreich

Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion

Vom 12. bis zum 16. Oktober verbrachte ich mit meiner Klasse die Abschlussfahrt in Marseille. Das Wetter war toll, nur die Straßenbahnen fuhren nicht wegen der Proteste der hiesigen Schülerschaft. Als wir das Musée Vieille Charité dann doch noch mit der uneingeschränkt fahrenden Metro erreichten, das für Dienstag, dem 13. Oktober auf unserem Programm stand, waren die Eingänge von Studierenden blockiert, die sich den Schüler*innen angeschlossen hatten.

Einer der Studis, Iason, der u.a. Soziologie belegt hat, sprach uns an und ermutigte uns, es am Folgetag nochmals zu versuchen: Dann würden sie aus der Blockade eine Besetzung gemacht haben … und uns in die Ausstellung lassen. Einen Tag später konnten wir unseren Programmpunkt tatsächlich nachholen.

Im Nachgang erklärte Iason sich zu einem ausführlichen Email-Interview bereit:

forum: Am Samstag, dem 17. Oktober, ist es in ganz Frankreich zu heftigen Gewaltausbrüchen gekommen. Kannst du das bitte einordnen? Schadet es dem eigentlichen Anliegen der Bewegung?

Iason: Für viele Menschen in Deutschland sind die Bilder aus Limoges und Paris sicherlich abstoßend. Polizeigewalt wird oft den Demonstrierenden angelastet. Kaum jemand will glauben, dass die Polizei eine Gefahr darstellen kann. Die Wahrheit ist, dass die Medien in dieser Frage tendenziell voreingenommen und einseitig berichten; beängstigende Bilder werden bewusst ausgewählt, um die gesamte Bewegung zu delegitimieren.

Als Student und Mitglied der „Jeunes Communistes“ vertrete ich die Auffassung, dass Gewalt von Seiten der Bevölkerung eine direkte Reaktion auf staatliche Gewalt ist. Wir müssen uns fragen:

Woher rührt diese Gewalt? Die Medien sprechen immer dann von Gewalt, wenn bei Protesten Müllcontainer angezündet und Schaufenster zerstört werden. Demgegenüber wird die Gewalt, die von Seiten des Staates und seiner Polizei ausgeübt wird, ausgeblendet.

Frankreich verfügt über die am stärksten bewaffnete, gewalttätigste und mörderischste Polizei in Europa. Von der EU-Kommission und der UNO wurden deswegen schon Sanktionen ausgesprochen. Die französische Polizei richtet ihre Gewalt gegen nicht namentlich genannte Minderjährige. Es gibt mittlerweile zahlreiche Fälle, in denen junge Demonstrant*innen ein Auge verloren haben, weil sie mit Blendgranaten und Tränengasgranaten angegriffen wurden, sowie zwei Fälle, in denen Menschen eine Hand verloren haben.
Die Haltung des Innenministers dazu: „Polizeibrutalität gibt es nicht“.

forum: In Deutschland wird mit der AfD die extreme Rechte immer stärker. Wie reagiert ihr Pendant in Frankreich, die „Rassemblement National“ (dt.: „Nationale Sammlung“, hervorgegangen aus der „Nationalen Front“; Anm. d. Übers.) von Marine LePen, auf die sich ausweitende Bewegung der Schüler*innen?

Iason: Die „Rassemblement National“ (RN) stand sozialen Bewegungen schon immer ablehnend gegenüber. Diese Proteste entspringen der Empörung über Sparmaßnahmen und die neoliberale Politik, während die RN für den Abbau des öffentlichen Sektors eintritt. Tatsächlich wird die RN weitgehend von der Bourgeoisie und Kapitalist*innen wie Arnaud, Bolloré und Stérin unterstützt. (Mit über 230 Mrd. Dollar Privatvermögen ist Bernard Arnaud u.a. Eigentümer des Wirtschaftsblatts „Les Échos“, bei Vincent Bolloré handelt es sich um einen rechtsextremen Medienmogul mit zehn Mrd. Euro Privatvermögen und Pierre-Édouard Stérin gilt als Rechtskatholik, dem 1,3 Mrd. Euro Privatvermögen zugeschrieben werden; Erg. d. Übers.)

Historisch gesehen hat sich die extreme Rechte stets mit der Kapitalistenklasse verbündet und umgekehrt, während sie die Frustration der Arbeiterklasse ausnutzt.

Immer wieder verurteilen sie Demonstrant*innen und versuchen, die Aufmerksamkeit von den Ursachen der sozialen Unruhen abzulenken, indem sie die Einwanderung dafür verantwortlich machen.

Die Wahrheit ist: Die Menschen in diesem Land haben schon immer für ihre Rechte gekämpft, und es gab schon immer Proteste. Wenn viele Französ*innen mit Migrationshintergrund an Protesten teilnehmen, dann deshalb, weil sie der Arbeiterklasse angehören und weil sie am stärksten von Polizeigewalt betroffen sind.

Der 17. Oktober ist zudem ein Gedenktag für ein Massaker, das sich 1961 in Paris ereignete, als friedliche Demonstrant*innen algerischer Herkunft, die sich für die Befreiung Algeriens einsetzten, von Polizeikräften auf Befehl von Maurice Papon (Polizeipräfekt, der während des Krieges als Kollaborateur tätig gewesen war) in der Seine ertränkt wurden.



Großdemo (nicht nur!) der Schüler*innen bringt den ÖPNV von Marseille zum Erliegen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Frankreich nach wie vor Kolonien im Pazifik und auf den Antillen besitzt, wo die Lebensbedingungen für Schüler*innen und Arbeiter noch härter sind und wo die jetzigen Proteste ihren Anfang genommen haben.

Der 17. Oktober ist ein Beispiel dafür, wie verschiedene Kämpfe plötzlich miteinander zusammenkommen: Klassenkampf, Antirassismus und Antikolonialismus. Wir sind vereint darin, die Strukturen zu zerschlagen, die uns unterdrücken.

forum: Kannst du das Phänomen des linken Parteienbündnisses „La France Insoumise“ („Das unbeugsame Frankreich“; LFI) kurz beschreiben und einordnen, welche Rolle ihm zukommt?

Iason: Die LFI gilt allgemein als linkspopulistische Bewegung, deren sozialdemokratische Vertreter*innen sich für den Ausbau des Sozialstaats und die Besteuerung des obersten einen Prozents einsetzen. Die Plattform ist bei jungen Menschen beliebt, da viele sie als eine Bewegung betrachten, die den Forderungen der Jugend und der Arbeiterklasse entspricht. Jean-Luc Mélenchon gilt allgemein als begabter Redner und sachkundiger Intellektueller, was ebenfalls die Popularität der Bewegung erklärt. Insbesondere haben sie sich konsequent für die palästinensische Sache eingesetzt, wofür sie regelmäßig des Antisemitismus bezichtigt werden. (Die „Rassemblement National“ wurde hingegen von Kollaborateur*innen und Mitgliedern der Waffen-SS gegründet, und ihre derzeitigen Mitglieder, darunter Bardella, haben antisemitische Äußerungen getätigt und zudem eine rassistische und islamfeindliche Rhetorik verbreitet – sie stehen nach wie vor in Verbindung mit zahlreichen neonazistischen Personen und Gruppen).

Obwohl ich Verständnis für die von der LFI vertretenen Anliegen habe und ihre Erfolge anerkenne, bin ich als Kommunist eher für eine Revolution als für Reformen. Bestimmte Probleme sind struktureller Natur und lassen sich nicht durch Wahlen ändern.

forum: Und die Gewerkschaften? Für mich beeindruckend zu sehen bei der vollkommen friedlichen Massendemonstration am Dienstag, dem 13. Oktober, in Marseille war, dass alle möglichen Richtungsgewerkschaften zusammen aufgetreten sind.

Iason: Es war inspirierend, die Solidarität zu sehen, die die Gewerkschaften hier in Marseille und in ganz Frankreich zum Ausdruck gebracht haben: Verschiedene Generationen und Anliegen schlossen sich zusammen gegen eine Regierung, die uns alle ignoriert.

Die Gewerkschaften wollten sich am 17. Oktober um 14 Uhr am Vieux Port von Marseille versammeln, wurden jedoch durch den massiven Einsatz von Tränengas durch die Polizei vollständig lahmgelegt. Heute, am 19. Oktober, hat die Polizeipräfektur alle öffentlichen Versammlungen verboten – ein weiteres Beispiel für die unverhohlene Unterdrückung unserer Bewegung.

forum: In Deutschland sind derzeit weit mehr als fünf Millionen Beschäftigte Mitglied in den acht DGB-Einzelgewerkschaften. Im Gegensatz dazu gibt es in Frankreich etwas mehr als zwei Millionen Gewerkschaftsmitglieder verteilt auf alle fünf Richtungsgewerkschaftsbünde. Warum ist die Gewerkschaftsbewegung dort so viel kämpferischer? Liegt es daran, dass ihre politisch ausgerichteten Gewerkschaften miteinander konkurrieren, um ihren Mitgliedern die bestmögliche Vertretung zu bieten? (Im Gegensatz zum Konzept einer einzigen, einheitlichen Gewerkschaft hierzulande.)

Iason: Früher gab es in Frankreich eine starke Gewerkschaft, die CGT (Allgemeiner Gewerkschaftsbund), die eng mit der kommunistischen Bewegung verbunden war und über große Verhandlungsmacht verfügte. Meiner Meinung nach hat der von den traditionellen Gewerkschaften verfolgte „Paritarisme“ – die Praxis der gemeinsamen Entscheidungsfindung durch Arbeitnehmer*innen und ihre Vorgesetzten sowie der Kompromiss bei den Forderungen der Arbeitnehmerschaft – zu ihrem Mitgliederrückgang und zur Entstehung einer Vielzahl neuer Gewerkschaften geführt.

Ich bin sogar der Ansicht, dass diese Haltung bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern zu einer Entfremdung geführt und die „Sozialpartnerschaft“ (Erg. d. Übers.) die Entstehung neuer Gewerkschaften begünstigt hat, die einem solchen Reformismus kritisch gegenüberstehen.

Daher gibt es in Frankreich zahlreiche Gewerkschaften, von denen einige militanter sind und weniger kompromissbereit.

forum: Wie sieht es mit der Vermögenskluft in Frankreich aus? Ist sie vergleichbar mit der in Deutschland, wo etwa acht Millionen extrem vermögende Personen (das entspricht 10 Prozent) mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens besitzen?

Iason: Die Vermögenskluft in Frankreich hat maßgeblich zu der Unzufriedenheit beigetragen, die die Jugend und die Arbeiterklasse gegenüber der Regierung und ihrer neoliberalen Politik empfinden. Insbesondere während der Corona-Pandemie, als die/der durchschnittliche französische Arbeitnehmer*in mit prekären Bedingungen konfrontiert war, haben die Superreichen ihr Vermögen vervielfacht. Dies ist nicht nur ein Klassenproblem, sondern auch ein Generationenproblem, da Arbeitnehmer*innen und Studierende unter 30 Jahren Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, und die Mittel für Sozialleistungen stark gekürzt werden.

forum: Kein Land in Europa erhebt mehr eine Vermögenssteuer. Spielt die Forderung nach einer solchen Steuer in Frankreich eine Rolle?

Iason: Die Forderung nach einer Vermögenssteuer erfreut sich in Frankreich großer Beliebtheit. Die sogenannte „Zucman-Steuer“ (entwickelt vom Ökonomen Gabriel Zucman) war von der linken Koalition mit Unterstützung eines Großteils der französischen Bevölkerung vorgeschlagen worden und sah vor, Haushalte, deren Immobilien- und Vermögenswerte 100 Millionen Euro übersteigen, mit einer Steuer von zwei Prozent zu belasten. Dieser Gesetzentwurf wurde 2025 von der Nationalversammlung verabschiedet, anschließend jedoch vom Senat (der überwiegend aus rechten Abgeordneten besteht) abgelehnt.

Die neoliberale Regierung unter Macron legte daraufhin einen Gegenvorschlag für eine stark abgeänderte Steuer vor, den die linken Parteien jedoch als unzureichend erachteten. Die Forderung nach einer Besteuerung der Reichsten ist im Land nach wie vor groß.

forum: In Deutschland gibt es starke Proteste der Schülerschaft gegen die Wehrpflicht im Allgemeinen und gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen im Besonderen. Wie steht man in Frankreich zur Aufrüstung, und welche Rolle spielen die Gewerkschaften in diesem Zusammenhang?



Fotos: G. Schönian

Iason: Auch Frankreich sieht sich mit einer zunehmend militaristischen Stimmung konfrontiert: Während die französische Regierung drastische, antisoziale Sparmaßnahmen beschließt, fließt ein großer Teil des Haushalts in Militärausgaben.

Bis 2030 sollen 36 Milliarden Euro für militärische Ausrüstung ausgegeben werden. Zudem wird über die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert, und die kriegerische und militaristische Rhetorik politischer Vertreter*innen nimmt zu (zusätzlich zur Militarisierung der Polizei). Diese Maßnahmen stoßen bei der Jugend auf große Ablehnung und werden von zahlreichen Gewerkschaften kritisiert.

forum: Was erwartest du hinsichtlich der Entwicklung der französischen sozialen Bewegung und der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im April kommenden Jahres? Wie werden sich die sogenannten Parteien der Mitte verhalten, wenn es um die Entscheidung zwischen Le Pen und Mélenchon geht? Und: Wie werden die „einfachen Leute“ sich verhalten?

Iason: Wir befinden uns in unruhigen Zeiten. Der Ausgang der bevorstehenden Wahlen lässt sich unmöglich vorhersagen, und es wäre unklug, sich angesichts des derzeit so unbeständigen politischen Klimas zu sehr auf Umfragen zu verlassen.

Es scheint, dass im Falle einer Stichwahl zwischen Mélenchon und Le Pen Teile der „Mitte-Rechts“-Koalition der extremen Rechten den Vorzug geben. Die Bevölkerung scheint in dieser Frage sehr gespalten zu sein: Die extreme Rechte gewinnt enorm an Unterstützung, und die LFI wurde von den etablierten Medien sowie privaten Medienkanälen erfolgreich verteufelt.

Andererseits haben die jüngsten Enthüllungen über Bardellas antisemitische Äußerungen zu Spaltungen innerhalb der rechtsextremen Wählerschaft geführt, und die weitgehend linksgerichtete Wählerschaft könnte ihre politisch-ideologischen Differenzen beiseitelegen und Mélenchon unterstützen, um einen Sieg der „Rassemblement National“ zu verhindern.

Das sind natürlich alles nur Spekulationen, und es ist nahezu unmöglich, vorherzusagen, was passieren wird.

forum: Lieber Iason, es war mir eine Freude, dich kennenzulernen. Vielen Dank, dass du uns aus der sozialen Bewegung über die soziale Bewegung berichtet hast!

Iason: Vielen Dank, lieber Guido, dass du mir die Gelegenheit gegeben hast, über die aktuelle Lage in Frankreich zu sprechen, und einem deutschen Publikum zu schildern, was hier gerade geschieht.

Eine unüberschaubare Masse an Menschen jeden Alters zieht durch die älteste Stadt Frankreichs.

„Merz leck Eier!“

Es liegt alles auf dem Tisch und die Fronten müssten für uns Gewerkschafter*innen klar sein: Unsere Errungenschaften sollen für Krieg und Profite geopfert werden. Wie kann es also weitergehen?

Ein Kommentar von Julian Gürster,
Mitglied des Ausschuss angestellte Lehrkräfte der GEW Köln

Die Regierung führt das größte Angriffsprogramm gegen die Arbeitererrungenschaften durch, das es jemals gab; auf die Pflege, Rente, Arbeitszeit, Gesundheit, Arbeitslosengeld. Angeblich, um der Wirtschaftskrise zu begegnen, die tatsächlich die größte ist, die die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen erleidet, tatsächlich aber um auf Kosten des Sozialstaats die (ausreichend großen) Profite der Arbeitgeber*innen zu retten.

Gleichzeitig steckt die Regierung hunderte von Milliarden in Kriegsvorbereitung; so entspricht das von der Bundesregierung aus CDU und SPD verfolgte NATO-5%-Ziel laut DGB 244 Mrd. Euro jährlich. Die FAZ ließ zudem die Entwicklung der im Bundeshaushalt veranschlagten Kosten für Zinstilgung berechnen, die bis zum Jahr 2031 getrieben durch die sog. „Sondervermögen“ auf 84 Mrd. Euro steigen werden. Für uns Gewerkschafter*innen ist klar: Dieses Geld fehlt zur Sicherung des grundgesetzlich garantierten Sozialstaates, d.h. zum Erhalt der Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung, die in der Bundesrepublik nach der Naziherrschaft Verfassungsrang erhalten haben. Kurzum: Kriegsvorbereitung und Profite statt Sozialstaat.



Karikatur: Andi Goral

Diese Politik opfert unsere Errungenschaften

Diese Politik der Kriegsertüchtigung und Interessen richtet sich nicht nur gegen unsere materiellen Errungenschaften, sondern auch gegen die physische Lebensgrundlage von Millionen von Menschen. Damit sind nicht nur die Opfer der Sparpolitik in deutschen Krankenhäusern und Pflegeheimen gemeint, sondern auch die Opfer der Außenpolitik. Gemeint ist die Ukraine, wo Hunderttausende desertieren. Sie wollen nicht länger an die Front geschickt werden. In diesen Fleischwolf, der auch mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung am Laufen gehalten wird und aus dem tausende Ukrainer und Russen nicht zurückkehren. Gemeint ist auch die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch die massive Kürzung der Entwicklungshilfe, die im Sudan, Kongo oder anderen Regionen der Welt so dringend gebraucht wird. Und vor allem ist die Komplizenschaft der Bundesregierung am Völkermord in Gaza gemeint, die deutlich macht, wie weit man zu gehen bereit ist, um die Weltordnung zu stützen. Die Entgrenzung von Krieg und kriegsähnlichen Zuständen wird in Kauf genommen von dieser Regierung aus ‚Christ‘- und ‚Sozial‘-Demokraten.

Die Politik der übrigen europäischen Regierungen ähnelt der von Merz und Klingbeil. Und die Reaktion auf diese Entwicklung ist deutlich. Überall in Europa demonstrieren Hunderttausende gegen die Auswirkungen dieser Politik: Spanien, Portugal, Serbien, Montenegro, Großbritannien, Griechenland, Belgien, Italien. Zuletzt in Frankreich, wo zunächst Oberschüler*innen ihre Schulen wegen der Lernbedingungen blockierten. Daraufhin solidarisierten sich Feuerwehrleute, Studierende, Gewerkschafter*innen und ihre Organisationen, Lehrer*innen, Eltern, die Partei La France insoumise (LFI) und die Gelbwestenbewegung mit den Jugendlichen und erweiterten den Protest. Sie alle sagen: „Kampf bis zur vollständigen Umsetzung der Forderungen“, und fordern nicht weniger als den Rücktritt Macrons, denn sie wissen, dass es eine andere Regierung und eine grundsätzlich andere Politik braucht, um ihre Forderungen zu erfüllen.

Der Platz der Gewerkschaften heute

Für die Gewerkschaften, insbesondere die CGT, die FO aber auch andere Dachverbände sind die Forderungen und der Protest „berechtigt“. Sie stellten sich entgegen der Diskreditierung der Jugendlichen durch die Regierung nicht nur hinter die Schüler*innen, sondern antworteten auf die maßlose Polizeigewalt damit, sich mit ihren Westen und Körpern zwischen die Jugendlichen und die Ordnungskräfte zu stellen. Sie haben verstanden, dass die Blockaden der Schüler*innen eine Antwort auf die jahrelange staatliche Gewalt war, die sich in einer Sozial-, Sicherheits- und Bildungspolitik ausdrückte, die die Zukunft der Jugend zerstört.

„Aber die deutsche Protestkultur ist doch anders in Frankreich!? Sowas gäbe es hier niemals, oder?“ Falsch. Die politische Gewalt gegen den Sozialstaat, der soziale Krieg, ist mindestens so weitgehend wie in Frankreich. Dass dies vielen Arbeitnehmer*innen klar ist, wurde am 26. September klar. Es reichte ein einziger Aufruf des DGB, um 175.000 Gewerkschafter*innen auf die Straße zu bringen. In Essen skandierten sie „Klassenkampf“ oder auch „Stopp den Krieg“, und machten ihre generelle Ablehnung klar. Allen war klar, dass dieser eine Tag nicht reichen würde, um unsere Errungenschaften zu verteidigen oder gar auszubauen. Es müsse weitergehen, hieß es danach im Bus!

175.000 Teilnehmer*innen, das war mehr als die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi erwartet hatte. Und in gewisser Weise war es auch eine Antwort auf Fahimis Taktik, die Kolleg*innen zu einem einzelnen Aktionstag zu mobilisieren, um in den folgenden Gesprächen mit der Bundesregierung Verhandlungsmasse zu haben. Aber die Kolleg*innen sahen dies anders. Mehr als erwartet nahmen den Tag als Kampftag an, wollten ihn fortsetzen, erkannten ihre Kraft und waren stolz darauf, dass die oft totgesagten Gewerkschaften ihren Widerstand auf die Straße trugen. Und nun? Liegt die ausbleibende Fortsetzung der Sozialproteste an der fehlenden deutschen Protestkultur oder an der Taktik der DGB-Führung, die Kolleg*innen lediglich zu mobilisieren, um Druck bei Verhandlungen aufzubauen – auf die Gefahr hin, dass dann das Momentum verkümmert?

Aber der DGB ist nicht alles. Einen Tag vor dem erfolgreichen DGB-Aktionstag demonstrierten 40.000 Schüler*innen gegen Wehrpflicht und Sozialabbau. Gegen Milliarden für die Kriegsvorbereitung. Sie drückten das aus, was die Mehrheit der Bundesrepublik derzeit denkt: „Merz leck Eier!“ Das ist vielleicht etwas vulgär, aber was dahintersteht, ist ein Aufruf zum Rücktritt, eine Ablehnung seiner Politik mit Stumpf und Stiel. Merz muss gehen, wenn wir den Sozialstaat retten und die Militarisierung stoppen wollen.

Die politische Gewalt gegen den Sozialstaat, der soziale Krieg, ist mindestens so weitgehend wie in Frankreich.

Was können wir konkret tun?

Im Gegensatz zum DGB hat die Bewegung der Jugend die Weiterführung ihre Proteste bereits organisiert. Für den 31. Oktober sind deutschlandweit GenZ-Proteste angekündigt, nur einen Tag nach dem internationalen Aktionstag der Hafenarbeiter*innen, die in 100 Häfen Waffenlieferung nach Israel blockieren werden. Und am 20. November, am internationalen Aktionswochenende gegen Wehrpflicht und zur Unterstützung von Deserteuren, wird es erneut Schulstreiks geben. In dieser Situation der aufbrennenden sozialen Auseinandersetzungen, gibt es für unsere GEW und unsere Gewerkschaften mehrere Handlungsmöglichkeiten. Keine davon wäre außerhalb dessen, was praktizierbar wäre, bzw. werden sie sogar schon zu einem gewissen Grad praktiziert:

1. Die GEW hat sich bereits gegen jegliche Wiedereinführung des Kriegsdienstes ausgesprochen. Deshalb sollte die GEW diesen Beschluss auch praktizieren und ihre Mitglieder dazu aufrufen, an den Schülerstreiks am 20.11. teilzunehmen oder diese zu unterstützen.
2. Man hat bereits die bundesweiten Demos gegen den Sozialabbau organisiert. Der nächste Schritt wäre logischerweise deren Fortführung; nicht als Beiwerk zu Verhandlungen, sondern als Kraft, die aus sich heraus die Reformen aufhält.
3. Zentraler Teil der Verteidigung unserer Errungenschaften ist die Verteidigung unserer Tarifverträge. Eine Strategiekonferenz zur Vorbereitung des Tarifkampfs TV-L ist bei der GEW NRW bereits in Planung. Auf dieser müsste der kommende Tarifkampf mit dem Bewusstsein und der Entschiedenheit vorbereitet werden, dass wir uns in der bereits beschriebenen, größten Krise der Nachkriegszeit befinden.

Es gibt etwas zu gewinnen!

Angesichts der Angriffe und der Kriegsvorbereitung sind wir also nicht wehrlos. Wir haben Möglichkeiten. Sicherlich noch mehr als die oben skizzierten. Falsch wäre nur, in dieser außerordentlichen Situation zu Mitteln zu greifen, die in alten Routinen verharren. Falsch wäre, die Jugend und Kolleg*innen als Manövriermasse zu betrachten, anstatt sie als Subjekte zu begreifen, deren Kampf und Forderungen wir mit unseren Fähigkeiten und Erfahrungen unterstützen müssen. Der Platz der Gewerkschaften ist an ihrer Seite. So werden wir es schaffen, unsere Errungenschaften zu schützen und die Militarisierung zu stoppen.

Eine Jugend geht auf die Straße

Protestiert wird für bessere Schulbildung, für Klimaschutz, für bezahlbares Wohnen, gegen die Aufrüstung und gegen die Wehrpflicht – man könnte meinen, die Radikalen dort zu finden, wo solche Forderungen auf Ablehnung stoßen.



„Die zweite Gewalt: bereit!"

Lily Kuhlmann, Teilnehmerin des Kölner Jugendprotesttags und Regisseurin, die z.Zt. am Theater Aachen den „Biedermann" inszeniert

In unserer Gesellschaft scheint man sich in letzter Zeit auf das Gegenteil geeinigt zu haben. Bevor die Jugend in Deutschland überhaupt einen Fuß auf die Straße gesetzt hat, fordert die „junge Union" bereits, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen. Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der „Gewerkschaft der Polizei" betitelt „Gen Z regelt" mit offen rassistischen Zuschreibungen und droht ihnen mit einer „Polizei ohne Gnade". Als ich in Köln zum Demozug dazustoße, ahne ich noch nicht, dass diesen Worten auch tatsächlich Taten folgen werden.

Einschüchterung zeigt Wirkung

Der Demozug ist kleiner als erwartet. Die Berichterstattung der letzten Tage scheint ihre Wirkung zu zeigen. Es sind nur ein paar Tausend Menschen am Konrad-Adenauer-Ufer, weit entfernt von verrammelten Luxusgeschäften. Stehend, die meiste Zeit. Manchmal bewegt sich der Zug ein paar Meter in die eine, dann in die andere Richtung. So geht das über Stunden.

Die Demonstrierenden sind eine bunte Mischung aus Menschen unterschiedlichen Alters; manche haben ihre Babys dabei, manche begleiten ihre Kinder im Teenageralter. Wie die Mutter, die mit ihren Töchtern neben uns herläuft. Sie fragt, was wir da eigentlich die ganze Zeit skandieren. – „Siamo tutti antifascisti", sage ich, „Wir sind alle Antifaschisten". Sie guckt mich mit großen Augen an. „Ah ja, ok, das ist ja gut", sagt sie. „Aber warum auf italienisch? Seid ihr alle Italiener?"

Premiere für viele

Ich bin erprobt, was Demonstrationen angeht. Für viele Menschen hier scheint es die allererste Demonstration zu sein. Man merkt vielen die Nervosität an. Als ein paar Meter von uns entfernt ein Bengalo gezündet wird, schreien ein paar Mädchen: „Bitte nicht! Man Alter! Mach das aus, genau deswegen hassen die uns".

Ich überlege zu sagen: „Sie hassen euch aus anderen Gründen und ein einzelner Bengalo führt noch zu keiner Eskalation. Keine Angst, sie werden schon nichts tun, das ist ein sehr friedlicher und bürgerlicher Protest". Aber als die Wasserwerfer angefahren kommen und vermummte Polizist*innen in voller Montur die Straßenseite zur Stadt abriegeln, kommt Panik auf. Viele verlassen die Demonstration fluchtartig, einige irren verwirrt hin und her.

Immer wieder versuchen einzelne Grüppchen in der Demo standhaft ihre Forderungen zu skandieren gegen das absurde Polizeiaufgebot, das sich demonstrativ immer weiter aufbaut. Es sind unvermummte, bunt angezogene Jugendliche, Studierende, Menschen im Rollstuhl um mich herum. Sie skandieren: „Die Reichen wollen Krieg, die Jungen eine Zukunft" oder „Nie, nie, nie wieder Wehrpflicht" oder eben „Siamo tutti antifascisti".

Demokratisches Armutszeugnis

So weit, so harmlos. Umso irritierender, warum wir von derart schwerem Geschütz und voll vermummter Polizei umstellt sind. Inzwischen sind die meisten Wege, die Demonstration zu verlassen, versperrt. Ich schaue mich um und bemerke, dass wir bereits auf ein paar hundert Menschen geschrumpft sind.

Ich weiß eigentlich, dass Vorsicht geboten ist, wenn die Polizei beginnt, sich zu vermummen. Normalerweise gehen sie dann rein. Normalerweise passiert dann das, was rechtlich (gelinde gesagt) in der Grauzone liegt. Anders gesagt: Dann ist mit Polizeigewalt zu rechnen.

Hier stehen wir aber nun von Anfang an vermummten Cops gegenüber, und wenn ich mich in dieser bunten Menge umschaue, wehrt sich der rationale Teil meines Hirns gegen die Nervosität, die sich jetzt langsam auch in mir breit macht: „Das kann nicht sein, das machen die nicht. Das ist zu absurd". Aber als ich über den Live-Ticker des „Kölner Stadt Anzeigers" erfahre, dass der Demozug abgesagt ist, wegen Bengalos und Vermummung einzelner Demonstrierender, beschließen auch wir zu gehen.

Wir verlassen das Konrad-Adenauer-Ufer durch die kleine Nebenstraße, die man uns noch frei lässt. Gerade noch rechtzeitig. Ein paar Minuten später setzen die Wasserwerfer ein, die letzten Demonstrierenden werden in zwei Gruppen eingekesselt und sollen bis spät in die Nacht dort festgesetzt bleiben. So lese ich es im „Stadt Anzeiger". Es ist ein demokratisches Armutszeugnis. Man kann es nicht anders sagen.

Foto: A. Bankert.

Die Gedanken sind frei, Edelweißpirat*innen sind treu!

In diesem Jahr war die Kölner GEW endlich wieder mit einem Infostand beim Edelweißpiratenfestival im Friedenspark vertreten.



Zahlreiche Besucher*innen besuchten den Stand der GEW Köln.

Guido Schönian, Mitglied der „forum"-Redaktion

Auf die Anwesenheit des Infostands unserer Kölner GEW beim diesjährigen Edelweißpiratenfestival am 12. Juli erhielten wir zahlreiche positive Reaktionen. Von „Wie schön, meine Gewerkschaft hier zu treffen!" bis hin zur Frage, was denn eine Gewerkschaft überhaupt sei, war der Einstieg in geistreiche und motivierende Diskussionen sofort gegeben.

Ursprünglich hatten sich fünf Kolleg*innen (vornehmlich Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands, GfV) vorab bereit erklärt, die Standbesetzung zu übernehmen. Im Laufe des Tages kamen aber immer wieder Kolleg*innen und weitere GEW-Mitglieder hinzu, sodass irgendwann kaum noch auszumachen war, wer jetzt „offiziell" den Stand betreute und wer einfach nur Interesse an den von uns mitgebrachten Materialien hatte.

Großes Interesse an Inhalten

Es zeigte sich, dass die Auswahl an Broschüren und Flugblättern, die uns die Kolleginnen in der GEW-Geschäftsstelle zuvor zusammengestellt hatten, genau die richtige Mischung aufwies. Den Schwerpunkt bildeten natürlich Inhalte gegen rechts. Aber auch Ratgeber für Studierende und Kita-Beschäftigte wurden mit großem Interesse gelesen und mit nach Hause genommen.

Zwei Stände weiter hatte der Kollege Michael Jansen seinen Tisch aufgebaut, um über den „Siegburger Konsens" zu informieren. Als dessen Broschüren „Mythos Neutralität – Demokratie stärken und Haltung zeigen im Schulalltag" vergriffen waren, konnten wir mit der Menge an Exemplaren, die wir dabeihatten, gerne aushelfen!

Wir freuen uns auf´s nächste Mal!

Dass die Anwesenheit der GEW beim Edelweißpiratenfestival mehrere positive Effekte hat, wurde auch diesmal wieder unter Beweis gestellt: Mitgliederbindung, Identifikation mit der eigenen GEWerkschaft und das Wecken am Interesse, sich am Arbeitsplatz zu organisieren – dies sind wohl die wesentlichen Reaktionen darauf, wenn eine Gewerkschaft „Gesicht zeigt" bei einem Event für Freiheit, Vielfalt und gegen rechts!



In wechselnder Besetzung betreuten GEW-Mitglieder (auch spontan!) unseren Infotisch und führten spannende Gespräche mit Mitgliedern und Interessierten.



Spendenkonto:
DE13 3716 0087 0634 4540 04
Edelweißpiratenclub e.V.
Volksbank Köln Bonn

Fotos: Guido Schönian

Hasan Taşkale wird Ehrenvorsitzender des AS LEMK

Ein kritischer Geist mit literarischem Herzen



Hasan Taskale zwischen Blum und Boeckler

Das Team des **AS LEMK**

Wir verabschieden den Gründer unseres Ausschusses aus der aktiven Arbeit für die GEW. Ein Porträt über einen Mann, der den Konflikt meiden wollte, aber für die Gerechtigkeit keinem Streit aus dem Weg ging.

Wer auf die Geschichte unseres AS blickt, sieht sofort ihn: Hasan Taşkale. Als Gründer hat er das Fundament für unsere heutige Arbeit gelegt. Nun haben wir ihn offiziell verabschiedet. Wer Hasan jedoch kennt, weiß, dass ein echter Gewerkschafter niemals so ganz geht. Die wunderbare Nachricht vorweg: Er bleibt uns als Ehrenvorsitzender erhalten. Wir haben ihn also glücklicherweise nicht verloren!

Leidenschaft auf allen Ebenen

Hasan ist ein Gewerkschafter aus tiefster Überzeugung. Über die Jahrzehnte hinweg hat er auf den verschiedensten Ebenen der GEW wichtige Aufgaben übernommen und Verantwortung getragen. Dabei war er nie ein Mann der lauten, hohlen Parolen. Sein Markenzeichen war und ist die Kombination aus messerscharfer, kritischer Analyse und einer tiefen literarischen Bildung.

Wenn in Gremiumsrunden scheinbar schon alles gesagt war, schlug meistens die Stunde von Hasan. Mit feiner Sprache, leiser Stimme, oft einem passenden literarischen Zitat auf den Lippen und einem unbestechlichen Blick hinterfragte er Beschlüsse so lange, bis auch der letzte Winkel ausgeleuchtet war. Er ist im besten Sinne ein unbequemer, aber unverzichtbarer Denker.

Diese Haltung prägte auch sein Wirken als Pädagoge. In seiner Schule war Hasan sowohl bei der Schulleitung als auch im Kollegium ein allseits geschätzter Kollege. Eine ganz besondere Lücke hinterließ er jedoch bei seinen Schülerinnen und Schülern – insbesondere im Bereich des Herkunftssprachlichen Unterrichts (HSU), wo er mit unermüdlichem Herzblut und großer Beliebtheit unterrichtete.

Spannend – und für Außenstehende oft amüsant – wurde es immer dann, wenn Hasan in die Elternarbeit und Elternberatung ging. Hier zeigte sich ein faszinierendes Paradoxon: Eigentlich ist Hasan ein harmoniebedürftiger Mensch, der persönliche Konflikte lieber vermeiden möchte. Sobald es aber um die Interessen der Kinder, um Bildungsgerechtigkeit oder gewerkschaftliche Grundprinzipien ging, war Schluss mit der Diplomatie. Dann nahm er harte, intensive Auseinandersetzungen erhobenen Hauptes in Kauf. Für die Sache stritt er leidenschaftlich – und meistens erfolgreich. Danke Hasan!

AS LEMK steht für den „Ausschuss Lehren und Erziehen zur Mehrsprachigkeit in Köln“, vormals AK LEMK („Arbeitskreis LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkindern“). Er ist ein aktives Gremium innerhalb unseres Stadtverbands Köln.

Kampf für Bildungsrechte

Hasan hat den Arbeitskreis Anfang der 80er Jahre ins Leben gerufen. Es ging immer um Bildungsrechte für Kinder mit Migrationshintergrund und praktische Hilfestellungen für den Unterrichtsalltag insbesondere im HSU.

Im Laufe der 1990er und 2000er Jahre setzte sich in der Wissenschaft und in Teilen der Lehrerschaft die Erkenntnis durch, dass mitgebrachte Sprachen kein „Hindernis“, sondern eine wertvolle kognitive und kulturelle Ressource sind. Dieser Paradigmenwechsel zeigt sich auch in der Änderung des Ausschuss-Namens, wobei das Kürzel LEMK als etablierte „Marke“ innerhalb der GEW Köln erhalten blieb.

Der Ausschuss führt regelmäßig Befragungen unter HSU-Lehrkräften durch, um deren oft prekäre Arbeitssituation vor den Personalräten und dem Schulamt anzuprangern.

Mit Vernetzungstreffen und Fachtagungen (wie der Tagung „Recht auf Bildung!“) setzt sich der Ausschuss kontinuierlich gegen institutionelle Diskriminierung und für eine echte, inklusive Migrationsgesellschaft im Bildungswesen ein.

Der Ausschuss verdankt seinem Gründer unendlich viel. Seine Mischung aus kritischem Geist, pädagogischem Feingefühl und gewerkschaftlicher Kampfkraft hat uns geprägt.

Lieber Hasan, wir danken dir von Herzen für deinen unermüdlichen Einsatz auf allen Ebenen. Wir freuen uns darauf, dich nun in deiner neuen Rolle als Ehrenvorsitzender an unserer Seite zu wissen. Die Gewerkschaftsarbeit wird mit dir auch in Zukunft garantiert nicht langweilig!

„Schule für Alle“ bedroht – Gesamtschule Holweide protestiert

Am 21. September 2026 demonstrierten 2.500 Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte









Die Bilder zeigen den Flyer „INKLUSION – ernst nehmen und erhalten“, der zur Kundgebung am 21.9.2026 aufrief, einen Button „INKLUSION – aber richtig!“ aus dem Jahr 2013 und die Kundgebung auf dem Kölner Heumarkt.

Peter Heim, Mitglied der „forum“-Redaktion und des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln

Obwohl die Gesamtschule Holweide als Best-Practice-Beispiel für Inklusion gilt, kämpft die Schulgemeinschaft seit Jahren gegen die Verschlechterung ihrer Rahmenbedingungen durch die Politik. Bereits 1986 begann dort der erste offizielle Schulversuch des Landes NRW für den Gemeinsamen Unterricht (GU) von Kindern mit und ohne Förderbedarf. 2013 ging es um das 9. Schulrechtsänderungsgesetz der damaligen Landesregierung unter dem Motto: **„Inklusion – aber richtig“**, das die Bedingungen für die Inklusion in NRW drastisch verschlechtern sollte. Bereits damals ging es z.B. um die Notwendigkeit von Doppelbesetzungen*.

Jetzt brachte die kurzfristige Streichung von fünf Stellen im Bundesfreiwilligendienst (Bufdis) bzw. im Freiwilligen Sozialen Jahr durch die Stadt Köln das Fass zum Überlaufen: Diese sind elementar wichtig als Schulbegleiter und Alltagshelfer in den Klassen.

Auf Initiative der Schulelternschaft gingen am 21. September 2026 rund 2.500 Schülerinnen, Eltern und Lehrkräfte erneut in Köln auf die Straße, um unter dem Motto **„Inklusion darf nicht kaputtgespart werden!“** zu demonstrieren. Über die Deutzer Brücke zogen die Schulgemeinschaft und ihre Sympathisant*innen zum Heumarkt. In Redebeiträgen wurden von den betroffenen Schüler*innen und Eltern weitere Gründe genannt: Seit über zwei Jahren wartet die Schule auf die Nachbesetzung von schuleigenen Therapiestellen für Ergotherapie und Motopädie. Die Schüler*innenbibliothek ist notorisch unterbesetzt und steht auf der Kippe. Es gibt Probleme bei der Taxibeförderung zur Schule für Kinder mit schwerer Behinderungen. Deutlich wurde die große Ernsthaftigkeit, mit der die Schulgemeinschaft hier ihre Interessen vertritt: An einem normalen Schultag auf die Straße gehen- ein mutmachendes Beispiel! Und sie hatte zumindest einen politischen **Teilerfolg**: Durch die massiven Proteste der Schulgemeinschaft konnte im Rahmen der Kölner Haushaltsverhandlungen für 2027/2028 kurzfristig ein Budget von 56.000 Euro gesichert werden, um den Erhalt der wichtigen „Bufdi“-Stellen an der Schule zumindest vorerst zu finanzieren. Die anderen strukturellen Probleme bei den Therapiestellen bleiben jedoch ein Dauerthema.

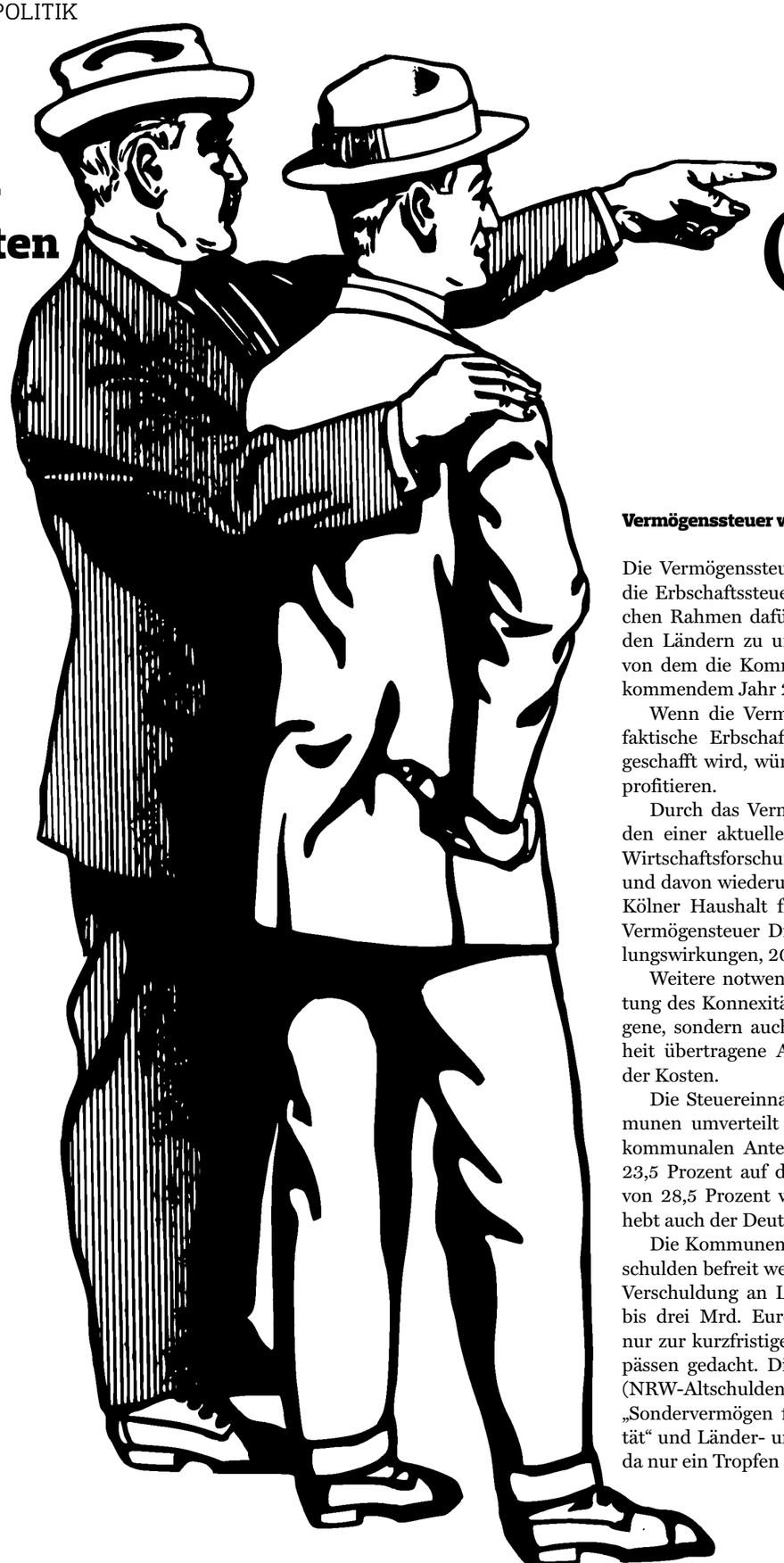
* Unter dem Slogan „Dringender Notfall – Rettungseinsatz für die Inklusion“ versammelten sich damals rund 3.000 Teilnehmende – maßgeblich organisiert von der Elternschaft der Gesamtschule Holweide –, um lautstark Nachbesserungen am damaligen Inklusionsgesetzentwurf der Landesregierung zu fordern. Quelle: Peter Heim: „Inklusion aber richtig“. In: Integrierte Schulen Aktuell. Zeitschrift der GGG Dezember 2013 https://ggg-web.de/wp-content/uploads/2025/06/GGG-ISA-2013-4-WEB.pdf

Fotos: Peter Heim

Bühnen Nord-Süd-Stadtbahn Ost-West-Achse

Unterfinanzierung der Kommunen beenden! – Finger von Großprojekten lassen!

Der Stadt steht ein dramatischer Sparhaushalt bevor. Kürzungen in einer Gesamthöhe von rund 250 Millionen Euro sind in vielen Bereichen der freiwilligen Leistungen vorgesehen, aber auch bei Pflichtaufgaben. Selbst damit ist das Haushaltsloch nicht gestopft, das schon im nächsten Jahr 800 Millionen Euro betragen wird. Für die fehlenden 550 Millionen will die Kämmerin Verluste vortragen, Rücklagen einsetzen und Kredite aufnehmen. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen muss endlich angegangen werden.



Angela Bankert, Ratsmitglied Linksfraktion im Stadtrat und Mitglied der GEW Köln

Nicht nur Köln, fast alle Kommunen – auch die bisher relativ wohlhabenden – kommen in finanzielle Schieflage. Die Wirtschaft schwächelt, was weniger Gewerbesteuereinnahmen zur Folge hat. Die Zinsen steigen, was höhere Zins- und Tilgungslasten für den Kredit-Berg bedeutet. Die Kosten steigen rasant, z.B. für Baumaßnahmen und Energie, was fast alle städtischen Investitionen enorm verteuert.

Hinzu kommen die altbekannten Gründe: Wenn Bund und Land eine Leistung bestellen, bezahlen sie zu wenig oder gar nichts. Die Konnexität wird nicht oder nicht im vollen Umfang eingehalten. Aktuelles Beispiel: der Offene Ganztag, mit dem die Kommunen gesetzlich beauftragt wurden. Hier zahlt die Stadt laut Dezernent Voigtsberger 40 Millionen Euro drauf, weil die Mittel von Bund und Land nicht ausreichen. Köln hat mit 14 weiteren Kommunen eine Klage gegen das Land NRW angestrengt.

Über all dies jammern die Parteien und OB Burmester sehr. Allerdings sind es CDU, SPD, FDP und Grüne, die in wechselnden Regierungsformationen in Land und Bund das kommunale Finanzdebakel angerichtet haben. Und die sich weigern, den Kommunen eine ausreichende finanzielle Grundlage zu gewähren.

Vermögenssteuer würde Kommunen helfen

Die Vermögenssteuer ist eine Ländersteuer, ebenso wie die Erbschaftssteuer, auch wenn der Bund den gesetzlichen Rahmen dafür beschließt. Die Einnahmen fließen den Ländern zu und gehen in den Steuerverbund ein, von dem die Kommunen einen Anteil bekommen – ab kommendem Jahr 23,5 Prozent.

Wenn die Vermögensteuer wieder erhoben und die faktische Erbschaftsteuerbefreiung für Großerben abgeschafft wird, würden die Kommunen davon erheblich profitieren.

Durch das Vermögensteuer-Modell der Linken würden einer aktuellen Studie des Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung bis zu 31,5 Mrd. Euro nach NRW und davon wiederum bis zu 420 Mio. Euro direkt in den Kölner Haushalt fließen – jedes Jahr! (siehe: „DIW - Vermögensteuer Die Linke - Aufkommens- und Verteilungswirkungen, 2026“).

Weitere notwendige Schritte sind die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips nicht nur für neu übertragene, sondern auch rückwirkend für in der Vergangenheit übertragene Aufgaben, bei voller Ausfinanzierung der Kosten.

Die Steuereinnahmen müssen zu Gunsten der Kommunen umverteilt werden. Das Land NRW sollte den kommunalen Anteil an den Gemeinschaftssteuern von 23,5 Prozent auf den vormals bereits gewährten Anteil von 28,5 Prozent wieder anheben. Diese Forderung erhebt auch der Deutsche Städtetag.

Die Kommunen müssen von ihren erdrückenden Altschulden befreit werden. Allein die Stadt Köln weist eine Verschuldung an Liquiditätskrediten in Höhe von zwei bis drei Mrd. Euro auf. Diese Kredite sind eigentlich nur zur kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht. Die bisher beschlossenen Maßnahmen (NRW-Altschuldenfonds, kommunaler Anteil aus dem „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“ und Länder- und Kommunalentlastungsgesetz) sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Lokale Großprojekte

Doch das kommunale Finanzdesaster wird nicht nur von Bund und Land, sondern zum Teil auch von den lokalen Mandatsträger*innen selbst verursacht. Man lässt die Finger nicht von Groß- und Prestigeprojekten, mögen sie kosten, was sie wollen. In Köln haben wir mit der Sanierung der Bühnen für 1,5 Milliarden Euro ein aktuelles Beispiel vor Augen.

Auch auf kommunaler Ebene werden Steuergelder munter umverteilt in die Taschen von Investor*innen und Baufirmen. Ein Desaster in ähnlicher Kostenhöhe wie die Oper ist die Nord-Süd-Stadtbahn. Sie belastet den städtischen Haushalt mittlerweile mit 1,2 Milliarden Euro. Da sind die Kosten für das Stadtarchiv-Unglück noch gar nicht mitgerechnet! Für die Tunnelbohrfirma Herrenknecht, die Baufirmen Bilfinger+Berger, Züblin und HochTief sind diese und ähnliche Projekte hingegen äußerst lukrativ.

Trotzdem will man die Finger nicht vom nächsten desaströsen Projekt lassen: Langzüge und Tunnel auf der Ost-West-Achse. Für das unsinnige Projekt sind 12 Millionen im Doppelhaushalt 2027/-28 eingestellt, und 56 Millionen Euro bis 2031 veranschlagt.

Schon mit einem Teil davon könnte man den oberirdischen KVB-Ausbau voranbringen, ebenso den Ausbau der Radwege und die Umwandlung weiterer Veedelszentren in autofreie und begrünte Aufenthaltsorte, z.B. in Kalk und Deutz.

Widerstand

Die Linke unterstützt die Proteste von Initiativen und Verbänden gegen den Kürzungshaushalt sowie den Personalrat der Kommunalbeschäftigten in seiner Kritik an den Personaleinsparungen. Die Linksfraktion legt im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Vorschlag vor, wie die Kürzungen zurückgenommen oder mindestens abgemildert werden können, und wie eine Gegenfinanzierung dazu aussehen könnte: u.a. mehr Steuereinnahmen durch höhere Gewerbesteuer und Kulturförderabgabe sowie die Einführung einer Verpackungssteuer und den Stopp von unnötigen Großprojekten.

Klimawandel und Gerechtigkeit: Wir können nicht alles auf die Politik abwälzen!

Die Einschläge kommen näher. Spätestens die extremen Wetter-Kapriolen dieses Sommers haben es uns allen gezeigt: Der bittere Klimawandel ist keine ferne Theorie mehr, sondern Realität.



Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen – und vor allem darum, ob dieser Wandel gerecht gestaltet wird.

Firdevs Sinemillioglu,
aktiv im LEMK der GEW Köln

Klimaforscherinnen und Klimaforscher machen immer wieder deutlich: Wenn wir die vorhandene Situation ernst nehmen und jetzt entsprechende Maßnahmen ergreifen, können wir noch etwas bewirken. Wir müssen handeln, bevor aus den Warnungen unumkehrbare Tatsachen werden.

Doch an dieser Stelle sollte man auch versuchen, die Politik und ihre Verantwortung zu verstehen – und gleichzeitig kritisch zu hinterfragen.

Kritisches Hinschauen: Wo die Politik versagt

Natürlich muss sich die Politik an die eigene Nase fassen. Uns wird immer wieder gesagt, dass Eltern für ihre Kinder ein Vorbild sein müssen. Stimmt ja auch. Aber die Politik MUSS auch ein Vorbild für uns Bürgerinnen und Bürger sein!

Stattdessen erleben wir eine schiefe Prioritätensetzung. Wenn es um die Rüstungsindustrie geht, fließen plötzlich Milliarden im Eiltempo. Dafür wird sogar das Grundgesetz geändert. Aber wenn es um den Klimaschutz – eine der größten Überlebensfragen unserer Zeit – geht, wird um jeden Cent gefeilscht.

Die Politik schaltet beim Klimawandel häufig auf Durchzug. Zum Glück halten die Medien das Thema in den Nachrichten und sorgen dafür, dass die Öffentlichkeit weiterhin aufmerksam bleibt. Aber von bloßer Aufmerksamkeit wird das Klima nicht gerettet. Es braucht politische Entscheidungen, Investitionen und vor allem den Willen, Verantwortung zu übernehmen.

Wenn wir jetzt Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen, tun wir gleichzeitig etwas für die Menschenrechte. Wir können dazu beitragen, dass Menschen ihre Heimat nicht aufgrund von Dürren, Überschwemmungen, Hitze oder anderen Folgen des Klimawandels verlassen müssen. Niemand verlässt freiwillig seine Heimat und seine Wurzeln.

Klimaschutz darf kein Luxus sein

Wir Bürgerinnen und Bürger müssen mitwirken. Auch wir tragen Verantwortung. Aber diese Verantwortung kann nur funktionieren, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Umweltbewusst zu leben, verlangt nicht nur guten Willen. Es braucht finanzielle Möglichkeiten, Bildung, Informationen und entsprechende Rahmenbedingungen. Wer jeden Euro zweimal umdrehen muss, kann sich nicht einfach teuren „Öko-Luxus“ leisten.

Deshalb geht Klimaschutz nur mit sozialer Gerechtigkeit.

Ein gesundes Klima ist die Grundlage für ein sicheres Leben und gute Arbeit. Wenn wir die Erderwärmung nicht ausreichend begrenzen, verschärfen sich gleichzeitig viele andere Probleme: Flucht und Migration, Armut, Hunger, Wasserknappheit und gesundheitliche Belastungen.

Auch deshalb muss Klimaschutz als Menschenrechts- und Gerechtigkeitsfrage verstanden werden.

Die Kosten für den ökologischen Wandel dürfen nicht hauptsächlich bei Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen landen, während große Unternehmen und Konzerne sich aus der Verantwortung ziehen können. Wer Klimaschutz will, muss deshalb auch über gerechte Verteilung sprechen.

Bildung ist ein Schlüssel zum Klimaschutz

Gerade im Bildungsbereich haben wir eine besondere Verantwortung. Klimawandel und Nachhaltigkeit müssen stärker in Bildung und Unterricht aufgenommen werden – von der Kita über die Schulen bis hin zu den Universitäten.

Dazu gab es beispielsweise am 10.09.2026 auch eine Sendung vom Deutschlandfunk („Campus & Karriere“), in der das Thema Klimawandel und Bildung aufgegriffen wurde. Nachhaltigkeit lässt sich allerdings nicht einfach zwischen Tür und Angel unterrichten. Dafür braucht es Zeit, gute Ausstattung, qualifiziertes Personal und entsprechende pädagogische Konzepte.

Bildung ist eine der wichtigsten Stellschrauben unserer Gesellschaft. Wenn wir Kinder und Jugendliche für die Herausforderungen des Klimawandels sensibilisieren wollen, müssen wir auch den Beschäftigten die notwendigen Möglichkeiten dafür geben.

Wir müssen alle an die Arbeit – besonders in den Kommunen!

Es reicht nicht, darauf zu warten, dass Gesetze aus Berlin oder Brüssel alles regeln. Wir müssen alle gesellschaftlichen Kräfte ins Boot holen. Jede Institution muss ihre Hausaufgaben machen.

Hier kommt auch unsere Rolle als Bildungsgewerkschaft ins Spiel.

Die kommunalen Bildungsämter und die Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Der immense Sanierungsstau an unseren Schulen und Kitas ist nicht nur ein bildungspolitisches Desaster, sondern auch eine Klimasünde.

Marode Heizungen, ungedämmte Dächer und unerträgliche Hitze im Sommer belasten Beschäftigte und Kinder gleichermaßen. Da die Kommunen für viele dieser Gebäude zuständig sind, müssen wir den Druck direkt vor Ort erhöhen.

Es braucht verlässliche Sanierungsfahrpläne, die Klimaschutz, gute Arbeitsbedingungen und Lernqualität miteinander verbinden. Wir müssen den Verantwortlichen klarmachen: Investitionen in Schulen und Kitas sind nicht nur Investitionen in Bildung. Sie sind auch Investitionen in den Klimaschutz und damit in unsere Zukunft.

Nachhaltigkeit braucht Rahmenbedingungen

Wir sitzen an einer der wichtigsten Stellschrauben der Gesellschaft. Bildung von der Kita bis zur Universität ist ein Schlüssel für einen erfolgreichen Wandel.

Aber dafür brauchen wir echte Ressourcen, zeitliche Entlastung und moderne Ausstattung. Beschäftigte können nicht zusätzlich zu ihren ohnehin hohen Aufgaben den gesamten gesellschaftlichen Wandel auffangen.

Wenn Nachhaltigkeit praxisnah vermittelt werden soll, muss die Politik dafür auch die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Und auch wir als Kolleginnen und Kollegen müssen uns einbringen. Als Gewerkschaft sind wir die Stimme der Beschäftigten. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen beim ökologischen Umbau nicht abgehängt werden.

Dazu gehören Weiterbildung, echte Entlastung und zukunftsfähige sowie gesunde Arbeitsplätze. Klimaschutz darf nicht gegen Beschäftigte organisiert werden, sondern muss gemeinsam mit ihnen gestaltet werden.

Wir können nicht alles auf die Politik abwälzen

Natürlich bleibt die Politik in der Verantwortung. Sie muss die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, investieren und klare Entscheidungen treffen. Aber wir dürfen auch nicht alles auf die Politik abwälzen.

Wir Bürgerinnen und Bürger müssen mitwirken. Die Kommunen müssen handeln. Schulen, Kitas und Universitäten müssen ihren Beitrag leisten. Gewerkschaften müssen die Interessen der Beschäftigten vertreten und gleichzeitig den ökologischen Wandel mitgestalten. Auch Wirtschaft und gesellschaftliche Institutionen stehen in der Verantwortung.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Klimawandel ist ein großer und komplexer Zusammenhang. Er betrifft nicht nur das Wetter und unsere Umwelt. Er hängt mit Flucht und Migration, Armut und Reichtum, Wasserknappheit, Ernährung, Hunger und unserer Gesundheit zusammen.

Deshalb dürfen wir den Klimawandel nicht als einzelnes Problem betrachten. Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen – und vor allem darum, ob dieser Wandel gerecht gestaltet wird.

Wir lösen dieses Riesenproblem nicht, indem wir nur auf die Bundespolitik schimpfen. Wir lösen es auch vor Ort: in unseren Kommunen, in unseren Betrieben, in unseren Schulen und in unseren Bildungseinrichtungen.

Wenn Wirtschaft, Kommunen, Bildungsämter, Gewerkschaften und wir Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Druck machen, können wir den Wandel selbst mitgestalten.

Klimaschutz braucht die Politik. Aber Klimaschutz braucht auch uns. Und er muss gerecht sein.

Schulwald – Update

Die Schulgemeinde der Gesamtschule Bocklemünd kämpft seit langem für den Erhalt des Schulwaldes, der einem Erweiterungsbau zum Opfer fallen wird. Darüber hat das „forum“ mehrfach berichtet. Die neuesten Entwicklungen.

Ines Bartenstein, Mitglied der „forum“-Redaktion.



Kundgebung am 17.09.26 vor dem Rathaus



Fotos: C. Balzer

Zuletzt demonstrierten im September Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern vor dem Rathaus. Die Kundgebung wurde von den Grannies for Future und vom BUND tatkräftig unterstützt; Reden der SV-Vertreter*innen, aber auch die Rede der Grannies berührten die Zuhörenden. Man hatte den OB eingeladen, immerhin sagte das Oberbürgermeisteramt dessen Erscheinen mit dem Hinweis auf Termine im Vorfeld freundlich ab und wünschte gutes Gelingen, nachdem ein Brief der SV an den OB im Sommer unbeantwortet geblieben war.

Bei der Sondersitzung des Schulausschusses im Oktober berichtete dann der Betriebsleiter der städtischen Gebäudewirtschaft umfassend über das Bauvorhaben und über die – aus Sicht des Amtes – Notwendigkeit der Fällung von 261 Bäumen. Diese Zahl, die dem Schulausschuss das erste Mal offiziell bestätigt wurde, stieß auf einige Fassungslosigkeit.

Dichte Bebauung

Oliver Seeck, der schulpolitische Sprecher der SPD, wies darauf hin, dass nicht nur die Schule, sondern auch Bocklemünd, ein Viertel mit sehr dichter Bebauung, eine wichtige Kaltluftschneise verlieren würde. Stefanie Ruffen, schulpolitische Sprecherin der FDP, sagte, die Verwaltung hätte diese Transparenz drei Jahre früher herstellen müssen. Einem privaten Investor, der z.B. Appartements bauen wolle, hätte man niemals die Erlaubnis zur Rodung eines ganzen Waldes erteilt. Selbst Bärbel Hölzing, schulpolitische Sprecherin der Grünen, die im Vorfeld das Anliegen der Schule kritisiert hatte (wie übrigens auch der Bezirksbürgermeister Ehrenfeld, Volker Spelthann, Grüne Köln), äußerte Bedenken. Sie mahnte jedoch an, dass der Weiterbau nicht aufgehalten werden dürfe, da an dem Bauprojekt auch der dringend benötigte Neubau der Grundschule Kunterbunt auf demselben Gelände hänge. Die Mitglieder des Schulausschusses sahen mehrheitlich auch deswegen keine Möglichkeit mehr, durch Bauplanänderungen den Wald zu erhalten. Auch sei die Planung zu weit fortgeschritten und der Bau sowieso schon begonnen. Allerdings wurde die Verwaltung damit beauftragt zu prüfen, ob nicht doch einige Bäume, die vor allem für den Zugang von Baumaschinen gefällt werden müssen, gerettet werden könnten. Bei der Schulausschusssitzung im November sollen Kompensationsmöglichkeiten diskutiert werden. Aus Sicht der Schule geht es dann z.B. um Hitzeschutzmaßnahmen wie Entsiegelung, Jalousien, Fassadenbegrünung etc.

Die Bäume werden statt in den Herbstferien nun im Januar gefällt.

KI oder MI?



Intelligenz ist ein Wesenszug von Lebewesen, sich kreativ mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen. KI tut das zwar auch, aber nicht von alleine.

Dipl.-Päd. **Detlef Träbert**

Da machst du dir keinen Begriff von“, hieß es früher oftmals in den Gesprächen von Eltern und Großeltern, als ich selbst noch ein kleiner Junge war. Begriffe machen wir Menschen uns von etwas, das neu ist und für das wir noch keinen Namen haben. So nannten unsere Vorfahren vor fast 150 Jahren die ersten motorisierten Kutschen „Automobil“. „Auto“ wurde vom griechischen Wort „autos“ = „selbst“ abgeleitet, während „mobil“ vom lateinischen „mobilis“ = „beweglich“ stammt.

Ein heutiger neuer Begriff ist die „Künstliche Intelligenz“, abgekürzt „KI“. Doch diese Bezeichnung ist sachlich genauso falsch wie „Automobil“. Während Autos ja nicht von selbst fahren, aber in ihrer Entstehungszeit so wirkten, weil weder Tier noch Mensch sie ziehen, ist die KI keine Intelligenz wie die menschliche.

Abhängigkeit von Programmierer*innen

Intelligenz ist ein Wesenszug von Lebewesen, sich kreativ mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen. KI tut das zwar auch, aber nicht von alleine. Sie muss erstens programmiert werden und braucht zweitens Strom, also eine nicht natürliche Form von Energie. Ihre Leistung ist abhängig von den sie programmierenden Menschen. So kann sie sich durchaus selbstständig machen, wenn die Programmierung sie nicht perfekt kontrolliert, wie Berichte in der jüngsten Zeit mehrfach bestätigt haben. Aber sie braucht sehr viel Strom, der bislang noch endlich ist.

Wird der Stecker gezogen, kommen die ausgelösten Prozesse zum Stillstand. Wie weit die Automie von KI irgendwann einmal gehen können wird, darüber ist sich die Wissenschaft offenbar noch nicht ganz einig. Im virtuellen Bereich ist KI ja bereits heute kreativ genug, um Texte, Musik, Bilder und Filme zu erzeugen und sogar Computerprogramme zu manipulieren, aber in der Realität? Die Kreativität menschlicher Intelligenz (MI) ist der KI fremd, weil sie ein ganz anderes Wesen hat. Der Begriff Intelligenz leitet sich aus dem Lateinischen ab: „intellegere“ bedeutet „einsehen“ oder „verstehen“; „Intelligenz“ bezeichnet somit die Gesamtheit der geistigen Fähigkeiten von Lebewesen, um Probleme durch Erkennen und Verstehen zu lösen. Sie ermöglicht es nicht nur, Produkte zu gestalten, sondern auch Beziehungen aufzubauen und zu pflegen oder Gefühle zu verarbeiten. Demgegenüber ist die KI lediglich funktional.

Empfinden und Empfindungen wahrnehmen …

Wir Menschen haben mit unserem Gehirn weit mehr als einen Computer im Kopf. Dieses denkt nämlich nicht nur, sondern verarbeitet auch unsere Gefühlswahrnehmungen, ob rein emotional oder auch körperlich. Wir können Empfindungen haben und die Empfindungen anderer Menschen wahrnehmen. Wir vermögen es, Stolz oder Demütigung zu empfinden, wir können Ehrgeiz entwickeln oder faul werden, wir können genießen oder uns Genüsse versagen. All das ist kombiniert mit der Ausschüttung von diversen Hormonen, die wiederum für Emotionen wie Liebe oder auch Hass verantwortlich sind. Insofern ist das Wesen des Menschen weitaus komplexer, als eine KI jemals sein könnte.

Der Begriff „Künstliche Intelligenz“ hat sich zwar eingebürgert, aber er stimmt ebenso wenig wie der des Automobils. Bis jetzt handelt es sich bei KI um Fähigkeiten, die von Programmierung abhängen. Aber MI ist weit mehr und vor allem: Sie ist das Ergebnis einer autonomen biologischen Entwicklung unserer Art über hunderttausende von Jahren hinweg. Stellen wir sie in den Hintergrund und beschließen, KI unseren Alltag managen zu lassen, verlieren wir unsere Eigenständigkeit. Aber genau diese ist es, die für die Entwicklung der Menschheit verantwortlich ist. Wir haben uns der Welt so gut wie möglich angepasst und sie gleichzeitig unseren Bedürfnissen gemäß gestaltet. Wenn wir nun nach und nach durch Hitzewellen, Gewässerverschmutzung, Klimakatastrophen und Kriege unsere Lebensbedingungen bedrohlich verschlechtern, müssen wir alle menschliche Intelligenz dafür einsetzen, diesen Trend wieder zu stoppen.

Vielleicht kann uns die KI dabei nützlich sein – manch ein*e Wissenschaftler*in hat diese Hoffnung. Viel wichtiger jedoch ist, dass wir Menschen mit unseren völlig unintelligenten Feindseligkeiten untereinander aufhören. Gelingt es uns nicht, friedlicher miteinander zu existieren, dann wird sich selbst unsere großartige Intelligenz als nicht ausreichend erweisen, um unseren Fortbestand zu gewährleisten. Ob KI uns dabei helfen kann? Das hängt ganz allein von MI ab – von unserer ureigenen menschlichen Intelligenz.

Illustration: Andi Goral

Wie wäre es mal mit der Eigentumsfrage in der gewerkschaftlichen Bildung?

Auch Soziale Ungleichheit: Kardinalproblem der Gesellschaft



Sascha Regier, Mitglied der GEW Köln und aktiv in der AG „GEWerkschaft gegen rechts“

Dass die Gegenwart durch vielfältige Krisen geplagt ist, dürften mittlerweile die meisten mitbekommen haben. Medial werden zumeist die ökologischen Verwerfungen, Wirtschaftskrisen, sich häufenden Kriege, der zunehmende Rechtsextremismus und der damit einhergehende Angriff auf Minderheitenrechte sowie auf die einst als stabil geltenden demokratischen Institutionen als Krisengründe ausgemacht.

Es zeigt sich: Die Freiheitsversprechen der Moderne haben sich nicht erfüllt. Weiterhin gilt, was Jürgen Habermas einst konstatierte: Die Moderne ist „ein unvollendetes Projekt“. Und hier schwingt mit: An diesem Projekt ist weiterhin festzuhalten. Dafür sind auch die Gewerkschaften in die Pflicht zu nehmen! Diesen obliegt es seit je her, den kapitalismusbedingten Verwerfungen und den mit ihnen einhergehenden Demokratiegefährdungen und -beschneidungen machtvoll entgegenzutreten. Dafür müssten sie gegenwärtig verstärkt eine in der breiten Öffentlichkeit zumeist ausgeblendete Komponente der Krisendiagnose auf ihre Agenda-Setting-Liste setzen: Die horrende und zunehmende soziale Ungleichheit. Denn die sozioökonomische Ungleichheit bezüglich der Einkommens- und vor allem der Vermögensverteilung ist das Kardinalproblem unserer Gesellschaft.

Das Auseinanderdriften zwischen arm und reich stellt nicht nur subjektiv für die armen Bevölkerungsschichten ein massives Problem dar, da sie u.a. von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden, sondern manifestiert sich auch auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene: Aus der sich verschärfenden sozialen Ungleichheit resultieren u.a. ökonomische Krisen, ökologische Katastrophen und Kriege sowie rechtsautoritäre Einstellungen seitens der Bevölkerung. Nicht nur ist die abnehmende Wahlbeteiligung prekarisierter Milieus ein Problem für die Demokratie. Es manifestiert sich zudem bei großen Bevölkerungsgruppen ein Gefühl des Nicht-Mitbestimmen-Könnens und der Fremdbestimmung in zentralen Lebensbereichen wie dem Betrieb. Dies ist ein Nährboden rechtsautoritärer Einstellungen. Nicht nur instrumentalisiert die AfD, sondern das gesamte „metapolitische“ Vorfeld der Neuen Rechten – zu dem auch die selbsternannte rechte „Gewerkschaft“ Zentrum gehört – die soziale Ungleichheit für ihre exkludierenden Ziele ausschlachtet. Geflüchtete und Migrant*innen werden für soziale Probleme verantwortlich gemacht und ihre rechtliche Ausgrenzung und reale Deportation gefordert. Gegen Migration und Flüchtende gerichtet behauptet beispielsweise Björn Höcke (AfD), die „Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ sei nicht mehr die zwischen „Oben und Unten“, sondern zwischen „Innen und Außen“. (Erwerbs-)Armut wird hier bewusst nicht mit kapitalismusbedingten Eigentums- und damit Klassenverhältnissen begründet, sondern ethnisiert und kulturalisiert. Der für den Kapitalismus grundlegende Gegensatz von Kapital und Arbeit wird durch die Dichotomie von (homogenes) Volk und Migrant*innen ersetzt. Die realen Produktions- und Eigentumsverhältnisse interessieren somit nicht. Dass die AfD keine Politik für die unteren Einkommensschichten macht, sondern auf die Verbesserung der Lage von Vermögenden und Unternehmen ausgerichtet ist, tut ihrem Erfolg paradoxerweise keinen Abbruch.

Flankiert wird das Gefühl der Fremdbestimmung abhängig Beschäftigter von einem Erodieren des Systems der Mitbestimmung in Form abnehmender Tarifbindung und der gezielten Bekämpfung von Betriebsratsgründungen durch Unternehmen. Gewerkschaften müssen alarmiert sein.

Demokratiegefährdende Eigentumskonzentration

Spiegelbildlich zur Verarmung großer Bevölkerungsanteile konzentriert sich die Marktmacht und wächst der Hyperreichtum von Tech-Milliardären wie Elon Musk, Jeff Besos und Mark Zuckerberg für alle überdeutlich. Und das ist nicht schon ein Problem an sich, sondern zudem besorgniserregend wegen der Verbindung der Silicon Valley-Unternehmen zur rechten Trump-Administration. Dies hat global demokratiegefährdende Auswirkungen: Über soziale Netzwerke wie X, facebook und Co. werden gezielt Falschmeldungen und rechtsautoritäre Narrative verbreitet, Menschengruppen gegeneinander ausgespielt und Meinungen beeinflusst. Minderheitenrechte sind hierdurch bedroht. Dabei wirken die demokratisch nicht legitimierten Tech-Konzerne auf die Gesetzgebung der EU ein, um Regulierungen zum Schutz vor Hass- und Gewaltaufrufen zu verhindern. Ihre Intention ist dabei nicht die behauptete Durchsetzung von „Meinungsfreiheit“, sondern die Steigerung ihrer Marktmacht und Unternehmensrendite. Überdeutlich zeigt sich: Wenn Eigentum konzentriert und nicht demokratisch legitimiert, geschweige denn überwacht ist, ist dies ein gravierendes Problem. Dies gilt auch für andere Bereiche: Wohnungskonzerne erzielen Übergewinne, während Mieter*innen kaum die Miete zu zahlen vermögen und durch Gentrifizierung aus den Innenstädten verdrängt werden. Dax-Unternehmen schütten ihren Aktionär*innen Rekorddividenden in Milliardenhöhe aus, während den abhängig Beschäftigten Lohnsteigerungen verwehrt werden. Kapitalerträge und Erbschaften werden weiterhin viel geringer besteuert als Arbeit. In Deutschland lässt sich durch Vermögen anstrengungslos reicher werden, während bestimmte Segmente der Beschäftigten trotz harter Arbeit mit Armutslöhnen abgestraft werden. Die meritokratische Ideologie wird ad absurdum geführt.

Paradoxerweise führt dies jedoch kaum zum kollektiven Aufschrei oder zur öffentlichen Skandalisierung. Statt politischer Forderungen nach einer Vermögenssteuer, höherer Erbschafssteuer, sozialstaatlicher Umverteilung, mehr betrieblicher Mitbestimmung oder gar Vergesellschaftung grundlegender Infrastruktur, die damit der kapitalistischen Profitlogik im Dienste der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse (Wohnen, Energie, Gesundheit etc.) entzogen werden, wachsen feindliche Einstellungen gegenüber marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Diese werden für die zunehmende soziale Ungleichheit – entgegen aller empirischen Evidenzen – verantwortlich gemacht. Die Wut in der Bevölkerung über die gesellschaftlichen Verhältnisse entlädt sich in einem Treten nach unten, statt einem Boxen nach oben. Angefeuert wird das Ganze durch einen „Klassenkampf von oben“ politisch Verantwortlicher und konservativer Medien, die gegen angeblich faule Arbeitsunwillige, Bürgergeldbeziehende oder den Sozialstaat ausnutzende Migrant*innen hetzen. Der rechte vibeshift bietet die Grundlage, damit der Sozialstaat realpolitisch durch die Merz-Regierung unter Beschuss genommen werden kann.

Respektiv wird medial weiterhin die meritokratische Aufsteigerideologie aufrechterhalten, Bildung sei die Möglichkeit, der Erwerbsarmut zu entkommen. Nicht problematisiert wird hierbei das strukturelle Problem – und dies ist für die GEW als Bildungsgewerkschaft zentral! –, dass es gerade die fehlenden materiellen Ressourcen sind, die verhindern, an Bildung überhaupt partizipieren zu können. In den bürgerlichen Feuilletons fehlt diese grundlegende Erkenntnis zumeist. Die Ursachen für Armut werden hier individualisiert. Soziale Ungleichheit sei zumeist Resultat individueller (Fehl-)Entscheidungen oder Krisen wie Trennung und Krankheiten. Nicht thematisiert wird hierbei – wegen der Aufrechterhaltung des Status quo –, dass die Gründe hierfür in den Eigentumsverhältnissen unseres Wirtschaftssystems liegen. Und bei diesem Wirtschaftssystem handelt es sich mitnichten um eine auf sozialen Ausgleich gerichtete „soziale Marktwirtschaft“, wie auch in der schulischen politischen Bildung immer wieder behauptet, sondern analytisch um Kapitalismus! Und Kerninstitution des Kapitalismus – das Wort „Kapitalismus“ taucht im Kernlehrplan Sozialwissenschaften NRW übrigens keinmal auf! – ist das Privateigentum. Eigentum ist aber mehr als kapitalistisches Privateigentum. Es ist in vielfältigen Formen vorhanden, denk- und ausweitbar, z.B. als öffentliches (Eigentum des Bundes, der Länder und Kommunen) oder gesellschaftliches Eigentum (Genossenschaften, Kollektivbetriebe), das demokratisch genutzt und über dessen Verwendung im Sinne der Solidarität kollektiv bestimmt wird.

Es muss um die Eigentumsfrage gehen! Auch in der gewerkschaftlichen Bildung

Die Beurteilung der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung verbleibt oftmals auf einer morali-



schen Ebene. Sie sei durch unfaire Entlohnung bedingt. Selten wird sie als strukturell bedingtes Problem der ökonomischen Grundlage unserer Gesellschaft begriffen. Dass soziale Ungleichheit aus den kapitalistischen Klassen- und damit gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen notwendigerweise resultiert, findet in der öffentlichen Debatte kaum Beachtung. Dadurch verschwindet aus der Diskussion auch die politische Option, dass für einen sozialen Ausgleich die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse angetastet werden könnten, sei es durch Maßnahmen der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sei es durch Demokratisierung der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen und betrieblichen Herrschaftsverhältnisse durch die Vergesellschaftung bestimmter Güter (u.a. von Produktionsmitten wie Maschinen und Fabriken sowie Grund und Boden), die in der Form des Privateigentums abgesichert sind. Vergesellschaftung bedeutet nicht Verstaatlichung, denn es geht um eine Demokratisierung im Sinne von Verfügungsrechten auf Seiten der die Güter Nutzenden durch diejenigen, die die Güter nutzen. Armutsforscher wie Christoph Butterwegge argumentieren, dass sich die soziale Ungleichheit nur verringern ließe, wenn die Eigentumsfrage gestellt und so beantwortet werde: Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung sowie Verstaatlichung von Banken und Versicherungen. Es reiche nicht, lediglich über Umverteilung politisch zu diskutieren, da diese erst hinter der Produktion ansetzt! Folglich müssen die Eigentumsverhältnisse öffentlich problematisiert werden! Das ist nicht Staatskommunismus oder -sozialismus, das gibt das Grundgesetz her.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Parlamentarischen Rat auf Druck der SPD und KPD die Möglichkeiten der Vergesellschaftung beschlossen, was in den Artikel 15 des Grundgesetzes einging und bis heute Bestand hat – trotz Versuchen der FDP, diesen zu streichen. In der Nachkriegszeit forderte auch der neu gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien wie Stahl, Chemie und Bergbau und schrieb dies noch in den 1980er Jahren in seinem Grundsatzprogramm fest. Selbst die CDU hatte im Ahlener Programm 1947 die Sozialisierung der Schlüsselindustrien gefordert. Jedoch hatten die alliierten Besatzungsmächte die sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse vereitelt.

Gegenwärtig beruft sich die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ auf den Vergesellschaftungsparagraph 15 des GG. Wohnungen von Konzernen mit mehr als 3000 Wohnungen in Berlin sollen nicht mehr Renditeobjekte sein. Eine neu geschaffene Anstalt des öffentlichen Rechts soll den Mieter*innen demokratische Mitbestimmungsrechte über ihr kollektives Wohneigentum geben, denn Wohnen sei ein soziales Grundrecht und dies dürfe nicht dem Prinzip kapitalistischer Profitmaximierung geopfert werden. Hier zeigen sich die Hebel für die emanzipatorische Zukunftsgestaltung.

Für die gewerkschaftliche Bildung sollte daher bzgl. der Thematisierung sozialer Ungleichheit die Problematisierung der im Kapitalismus strukturell bedingten Eigentumsverhältnisse grundlegend sein. Hier zeigen sich aber Lücken. Zumeist wird auf Seiten der DGB-Gewerkschaften von der harmonisch anmutenden „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in ausgegangen. Es geht aber im industriesoziologischen Sinne um eine „Konfliktpartnerschaft“. Das Stellen der Eigentumsfrage innerhalb der Produktionsverhältnisse ist daher zentral, ihre Beantwortung liegt immer noch in der Hand der Lernenden.

Eigentum im Kapitalismus ist vor allem Privat–, nicht Kollektiveigentum

Kapitalismus ist nicht lediglich ein Wirtschaftssystem, bei dem es um individuelle Profiterzielung geht. Hinter die zentrale Einsicht von Marx, dass gesellschaftliche (Klassen-) Verhältnisse durch strukturell bedingte Eigentumsverhältnisse in der betrieblichen Produktion zu begreifen sind, kann gewerkschaftliche Bildung nicht zurückfallen.

Anders als beim Besitz, der tatsächlichen Verfügungsgewalt über eine Sache wie etwa einem Fahrrad, gehören zum Eigentum die Produktionsmittel und Vermögenswerte aller Art (u.a. Gebäude, Maschinen, Geld und Wertpapiere). Im Kapitalismus ist idealtypisch das Eigentum rechtlich im Besitz der Unternehmer*innen, deshalb ist es Privateigentum. Es fungiert als Ausschließungsrecht gegenüber anderen. Privateigentum bedeutet für den/die Eigentümer*in „exklusive Verfügungsgewalt“. Privateigentum (privare = lat. „rauben“) an Produktionsmitteln bedeutet per Definition, dass wesentliche Entscheidungsbereiche, die umfassende Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, der kollektiven Entscheidungsfindung entzogen sind. Auch Immobilienkapital (Grundstücke, Häuser), das Wohnzwecken dient und das Geld- und gewerbliche Kapital (Gebäude, Ausrüstungen, Maschinen, Patente usw.), das von den Unternehmen genutzt wird, ist im Kapitalismus als Privateigentum organisiert. Im Gegenwartskapitalismus verfügen vermehrt auch Aktionär*innen rechtlich über Unternehmen und ihre Produktionsmittel. Sie können hierdurch über die Produktion bestimmen.

Die eigentumslose Klasse der Arbeiter*innen/Arbeitnehmer*innen arbeitet für die zahlenmäßig kleine eigentumsbesitzende Klasse der Unternehmer*innen in ihren Betrieben gegen Entlohnung über einen formal freien Arbeitsvertrag organisiert. Die rechtlich nicht über das Eigentum verfügenden abhängigen Beschäftigten müssen den Anweisungen gehorchen und können folglich nicht mitbestimmen über Unternehmensstrategien, Arbeitsgestaltung etc. Hier manifestiert sich eine fundamentale Machtasymmetrie. Daran ändert auch die Institution des Betriebsrats nichts, wenn es ihn denn im Betrieb gibt. Für den öffentlichen Sektor gilt ähnliches. Hier herrscht zwar keine Profitlogik, aber Angestellte werden als Kostenfaktoren betrachtet und die Höhe des Gehalts oder der Bezüge ist politisch umkämpft.

Aus den unterschiedlichen Eigentumsrechten lassen sich unterschiedliche Einkommensarten ableiten: Unternehmensgewinne, Renten, Mieten und Zinsen aus Privateigentum, Löhne und Gehälter aus abhängiger Arbeit. Daher ist die lohnarbeitende Klasse abhängig beschäftigt, denn sie ist zwingend auf die Einkünfte aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen, weil sie nicht oder zumindest nicht dauerhaft von Ersparnissen oder anderen Einkommensquellen leben kann.

Das zeichnet auch die hiesige Gesellschaft als Klassengesellschaft aus.

Freilich gibt es hier neben der Lohnarbeit weitere Formen der Erwerbsarbeit oder Arbeit an sich wie Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Im Kapitalismus ist jedoch die Lohnarbeit als abhängige Beschäftigung zur dominierenden Erwerbsarbeitsform geworden. Die Zahlen sprechen für sich: 91,5 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten 2024 in Deutschland als abhängig Beschäftigte – und die Prozentzahl wächst stetig. Diese zahlenmäßig größere Klasse gegenüber der der Unternehmer*innen verfügt über keine Produktionsmittel. Nur ca. zehn Prozent der privaten Haushalte besitzen in Deutschland Betriebsvermögen. Betriebsvermögen ist ebenso wie Aktienvermögen bei vermögenden Haushalten im oberen Teil der Verteilung konzentriert und eine der am ungleichsten verteilten Vermögensarten. Im Gegenwartskapitalismus wird gerade hieraus „leistungsloses“ Einkommen bezogen, wodurch sich die Schere zwischen Lohn und Profit seit Jahren stark öffnet. Der Reichtum der Gesellschaft wird im Kapitalismus zwar gesellschaftlich produziert, aber durch die Unternehmen privat angeeignet. Folglich ist es gerade nicht so, wie es die bürgerliche meritokratische Ideologie behauptet, dass Reichtum durch Arbeit entstünde, sondern Reichtum entsteht aus Reichtum: It´s the property, stupid!

Politische Bildung über Eigentumsverhältnisse tut Not!

Wenn gewerkschaftliche Bildung nicht lediglich konservativ in Abwehrkämpfen der Bedrohung des Status quo verharren, sondern ermöglichen will, über die demokratische Ausgestaltung der gesellschaftlichen Räume und die vermehrte Selbstbestimmung der Beschäftigten zu reflektieren und diese zu ermöglichen, sind die Eigentumsverhältnisse der Gegenwartsgesellschaft kritisch zu beleuchten. Hält die Demokratie für die abhängig Beschäftigten ein, was sie verspricht?

Gerade die GEW sollte sich als Bildungsgewerkschaft darum bemühen, dass auch die Leerstellen in der schulischen politischen Bildung (die eigentümliche Eigentumslosigkeit) gefüllt werden. Das Bewusstsein über Klassen- und Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft könnte zu einer Forderung nach einer Demokratisierung der Demokratie führen, wozu auch die Betriebe gehören (Stichwort: Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung), und zu einem Zurückdrängen rechtsautoritärer Einstellungen.

Zudem führt die Kenntnis über den Begriff der Klasse dazu, dass bezüglich der sozialen Ungleichheit nicht mehr lediglich moralisierend oder sozialpolitisch über Umverteilung diskutiert, sondern Ungleichheit und ein Fehlen von Mitbestimmung auf Grund der Eigentumsverhältnisse problematisiert wird. Alternative Begriffe zur Klasse wie Schicht und Milieu verschweigen durch ihre Fokussierung auf Einkommenshöhe und Lebens- und Konsumstile gerade die ökonomische Grundlage der gegenwärtigen Gesellschaft und das Eigentumsverhältnis, das den politischen Gehalt durch die widerstreitenden Interessen ausmacht. Hierfür müsste die gewerkschaftliche Bildung auch auf die schulische politische Bildung Einfluss nehmen und vermitteln, dass es Klassen auch außerhalb der Schule gibt.

„Wir lassen Euch nicht allein!“

Eine Schule und ein Netzwerk aus Unterstützer*innen kämpft gegen die Abschiebung der Familie Rouf nach Sri-Lanka



Mit selbstgemalten Schildern protestierten Schüler*innen gegen die Abschiebung von Ramla und Mohamed Rouf.



Viele Menschen zeigten bei der Kundgebung in Leverkusen ihre Solidarität mit Familie Rouf.



Kundgebung vor dem Rathaus in Leverkusen am 19.10.2026: Mitschüler*innen von Ramla und Ruhaim sprachen vor zahlreichen Unterstützer*innen.



„Familie Rouf gehört zusammen!“ Nach der Kundgebung blieben die Forderungen nach Rückholung, Aufenthaltstitel und Arbeitserlaubnis für die ganze Familie an der Fensterfront des Rathauses in Leverkusen sichtbar.

Felicia von Karais, GEW-Mitglied und Mitglied von GEW gegen rechts (Oktober 2026)

Ruhaims Familie wird jetzt gerade abgeschoben. Die können nicht komplett abgeschoben werden, solange Ruhaim nicht da ist. Es ist eine Art Protestaktion in Planung und es wird quasi gerade auf Ruhaim gewartet. Falls jemand ne Idee hat, gerne teilen….“

Diese Zeilen schrieb meine Kollegin am Freitag, den 16.10.2026, frühmorgens in unseren Chat. Beim Lesen der Nachricht lief es mir kalt den Rücken runter. Ich kenne Ruhaims Schwester Ramla gut aus meinem eigenen Unterricht. Kommendes Frühjahr wollte sie ihr Abitur ablegen. Ich leitete die Nachricht gleich an eine Freundin und Kollegin weiter, die sich gerade erst in ihrem Podcast intensiv mit genau diesem Fall und mit Abschiebung im Kontext Schule beschäftigt hatte.[1] Denn der Fall der Familie Rouf ist nicht erst seit diesem Freitagmorgen bekannt.[2]

Die Familie Rouf gehört zur tamilisch-muslimischen Minderheit in Sri Lanka, die dort Diskriminierung, Repressionen und Gewalt ausgesetzt war.[3] 2018 floh sie nach Deutschland und lebt seitdem in Leverkusen-Opladen. Ramla (19) ist die älteste von fünf Geschwistern, zwei davon kamen in Deutschland zur Welt.

Am 16.10. um 5.45 Uhr drangen Beamt*innen mit einem Rammbock in die Wohnung der Familie Rouf ein. Der herzkranke Vater Mohamed Rouf und Ramla wurden über Düsseldorf direkt nach Sri Lanka abgeschoben. Die Mutter Chamsul Rouf und die jüngeren Kinder verbrachten den Tag in Gewahrsam im Amtsgericht Leverkusen.[4] Weil Ruhaim (15) auf Klassenfahrt war und ins Kirchenasyl aufgenommen werden konnte, durften seine Mutter und seine drei jüngeren Geschwister am Abend vorerst nach Hause zurück.[5]

Dass es zu diesem Freitagmorgen kommen konnte, ist schwer nachvollziehbar. Die Familie hatte nur eine Duldung, weil sie keine Pässe besaß. Um dauerhaft bleiben zu können, besorgte Herr Rouf die Pässe, legte sie der Ausländerbehörde vor und beantragte eine Aufenthaltserlaubnis. Damit lagen laut dem Verein Mosaik Köln-Mülheim alle Voraussetzungen vor.[6] Auch die Härtefallkommission NRW hatte eine Aufenthaltserlaubnis empfohlen. Die Stadt Leverkusen ist dem nicht gefolgt.

Ramla wurde zwar nicht aus der Schule heraus abgeschoben, und Ruhaim entging der Abschiebung nur, weil er auf Klassenfahrt war (in einigen Kommunen gehören Abschiebungen aus dem Unterricht sogar zur Praxis).[7] Aber sie sind unsere Schüler*innen, und viele sehen sich in der Verantwortung, die Familie zu unterstützen. Das zeigten nicht zuletzt die bewegenden Redebeiträge ihrer Mitschüler*innen bei den Kundgebungen auf dem Friesenplatz in Köln und vor dem Leverkusener Rathaus, in dem die Ausländerbehörde sitzt. Seit der Nachricht am Freitagmorgen engagieren sich Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte gemeinsam mit vielen weiteren solidarischen Menschen und Organisationen dafür, dass die Familie wieder zusammenkommt, ein Bleiberecht erhält und alle volljährigen Familienmitglieder ihre Arbeitserlaubnis zurückbekommen.

Dass sich dieses Bündnis so schnell bilden konnte, lag daran, dass der Fall bereits bekannt war.

Nicht jede Schule hat ein solches Netzwerk. Gleichzeitig will die Bundesregierung Abschiebungen mit einer „Rückführungsoffensive“ vorantreiben.[8] Das trifft auch Schüler*innen wie Ramla und Ruhaim. Es ist an der Zeit, dass sich Schulen mit dem Thema auseinandersetzen. Sehr empfehlen möchte ich dazu den Leitfaden „Abschiebungen im Kontext Schule“, den die GEW Baden-Württemberg im Mai herausgegeben hat.[9]

Die Abschiebung von Mohamed Rouf und Ramla konnten wir nicht verhindern. Für Familie Rouf heißt es weiterhin, in Unsicherheit zu leben: Bis zur Ratssitzung am 2. November wird nicht abgeschoben und der Petitionsausschuss hat noch nicht entschieden. Der Ausgang ist offen.[10]

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Familie wieder zusammenkommt und bleiben darf. Informationen zur Unterstützung gibt es beim Verein Mosaik Köln-Mülheim e.V.[11] und bei der AG Bleiben[12]. Wir haben Ramla und Ruhaim versprochen: „Wir lassen Euch nicht allein!“ Dieses Versprechen sollte an jeder Schule gelten.

Fotos: Hans Helm / www.helmimaging.de und Felicia von Karais

[1] Schweiß, Nicole: #129 mit Niusha Zakerfathi & Marianne Arndt – Abschiebungen im Schulkontext. Der Fall der Familie Rouf aus Köln-Mülheim. In: Kleine Pause – Begegnungen in der Teeküche (Podcast), 08.10.2026. Online: https://kleinepause.podigee.io/136-abschiebung-kontext-schule (abgerufen am 24.10.2026).

[2] Kreikebaum, Uli: Geschwister aus Sri Lanka vor Abschiebung – Aktion von Kölner Schule. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 18.06.2026. Online: https://www.ksta.de/koeln/migration-18-jaehrige-aus-koeln-soll-kurz-vor-dem-abi-abgeschoben-werden-1303953 (abgerufen am 24.10.2026).

[3] Vgl. Amnesty International: Sri Lanka: Authorities must end violence and discrimination against Muslims, 2021. Online: https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/10/sri-lanka-authorities-must-end-violence-and-discrimination-against-muslims/ (abgerufen am 24.10.2026).

[4] Kreikebaum, Uli / Heising, Lena / Krieger, Ralf: „Bitte helfen! Unser Flieger ist um 10 Uhr“. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 17.10.2026, S. 3.

[5] Kasprowiak, Laura: Dramatische Rettung am Hbf Duisburg. In: WDR, 22.10.2026. Online: https://www1.wdr.de/nrw/ruhrgebiet/duisburg/kirchenasyl-duisburg-abschiebung-ruhaim-100.html (abgerufen am 24.10.2026).

[6] Mosaik e.V.: Unterstützung für Familie Rouf – Bleiberecht ermöglichen – jetzt aktiv werden! Online: https://mosaik-ev.koeln/unterstuetzung-fuer-familie-rouf/ (abgerufen am 24.10.2026).

[7] Vgl. z. B. News4teachers: Lehrkräfte als Abschiebehelfer? Drittklässlerin aus der Schule abgeführt – GEW: Angriff auf das Bildungssystem, 29.05.2025. Online: https://www.news4teachers.de/2025/05/lehrkraefte-als-abschiebehelfer-drittklaesslerin-aus-der-schule-abgefuehrt-gew-angriff-auf-das-bildungssystem/ (abgerufen am 24.10.2026).

[8] CDU, CSU und SPD: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode, 2025, S. 68.

[9] GEW Baden-Württemberg (Hg.): Abschiebungen im Kontext Schule. Rechtslage und individuelle Handlungsmöglichkeiten, 08.05.2026. Online: https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/wie-du-dich-bei-drohender-abschiebung-von-schuelerinnen-verhalten-kannst (abgerufen am 24.10.2026).

[10] Krieger, Ralf: Am 2. November soll der Leverkusener Rat über das Familiendrama debattieren. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 23.10.2026. Online: https://www.ksta.de/region/leverkusen/stadt-leverkusen/leverkusen-rat-soll-ueber-abschiebung-debattieren-1-1400271 (abgerufen am 24.10.2026).

[11] Mosaik Köln-Mülheim e.V. Online: https://mosaik-ev.koeln/ (abgerufen am 24.10.2026).

[12] AG Bleiben: Situation der Familie Rouf, Stand 18.10.2026. Online: https://ag-bleiben.de/situation/ (abgerufen am 24.10.2026).

GEW–Aktive im Ruhestand beim Blick „in die Kulissen im LVR–Museum Bonn“

Am 10. März 2026 traf sich eine Gruppe von knapp 40 GEW-Aktiven Ruheständler*innen in Bonn im LVR-Museum.

Nanny Gatzen–Stadter, aktive Ruheständlerin



Fassade mit Museumsrestaurant DelikArt des LVR–Museum Bonn

In verschiedenen Konstellationen gab es mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr unterschiedlich anregende Eindrücke, wie eng künstlerische Arbeiten am alltäglichen Leben hängen.

„Schöne neue Arbeitswelt – Traum oder Trauma?“

Mittags erlebten wir in einer umfassenden Museumsführung die Sonderausstellung „Schöne neue Arbeitswelt – Traum oder Trauma?“, hier mit der Perspektive von Arbeitssituationen seit 1920 – sichtbar über in Fotoserien festgehaltene Gesichter und Maler-Kunstwerke bei früheren (körperlich z.T. anstrengenden) Arbeitssituationen, in Wohnsiedlungen (bekannt v.a. Bayer Leverkusen) und der Freizeitgestaltung. In der Ausstellung sieht man die zunächst „Neue Sachlichkeit“ bei Malerei/Fotografie, dann aber im Verlauf der 30er Jahre die propagandistische Nutzung dieser Darstellungen. Mit der Nachkriegszeit stand Taktung und Erfassung von Arbeitsleistung im Fokus, im echten Leben und entsprechend in der künstlerischen Bearbeitung.

Die Sonderausstellung stupste dann (es gibt einzelnen Diskurs-Flächen mit Rückmeldungen) jede*n Besucher*in in Auseinandersetzungen: Für und Wider bei Individualisierung der Arbeitsbedingungen und Zeitgestaltung – ebenso zur Nutzung neuer digital/technischer Möglichkeiten (Mensch-Maschine) im Arbeitsprozess und im Lebensalltag – wie gehen wir in Zukunft damit um?

Anschließend blieben viele GEW-Kolleginnen und Kollegen noch intensiv im Gespräch beim gemeinsamen Plausch im zum Museumbau gehörigen Restaurant oder einem zweiten individuellen Blick durch die Ausstellung.

Eine besondere Führung

Nachmittags traf sich eine kleinere Gruppe für ein besonderes Angebot des LVR-Museums zu einem Blick hinter die Kulissen der Restaurierungswerkstatt. Das LVR-Museum setzt seinen Auftrag als Denkmalschutz- und Forschungseinrichtung im Rheinland sehr vielfältig um. Wir durften reinschnuppern, wie in der Werkstatt ein römisches Mosaik wiederhergestellt werden kann über viele Teil-Arbeitsschritte, digital unterstützt. Sehr beeindruckt waren alle von der Geduld und dem Durchhaltevermögen bei solchen Vorhaben – weit mehr als jede*r Puzzle-begeisterte Teilnehmer*in dies kennt.

Wir wurden durch die Arbeitsstationen im Werkstattbereich durch Stockwerke bis in den Keller geleitet und erfuhren jeweils von den Expertinnen und Experten, wie konkret ‚alte‘ Kunstwerke in der Malerei, wie Glasfragmete aus römischen Vasen/Gläsern oder Wandbilder ‚alter‘ Fresken, die bei Ausgrabungen (wir leben ja schließlich auf ‚RÖMISCHEM Untergrund‘ im Rheinland) wieder hergestellt werden. Anlässlich eines Bauvorhabens (Bonn-Castell) hat das LVR-Museum 300 Kisten an Fragmenten ausgebuddelt und mitgenommen zur Wiederherstellung, das dauert noch ein bisschen.

Neben der Faszination zu Arbeitsabläufen (und dies unter möglichst ‚gesunden‘ Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden) entspann sich eine Diskussion zum Warum? Die Leiterin Ute Knipprath erläuterte – neben dem Auftrag, der Verpflichtung zu Denkmalschutz und Forschung – das Anliegen, angesichts von zunehmenden Fake-News und Scheinwelten für die nächsten Generationen ‚echte‘ authentische Infos zu dokumentieren aus der Rheinland-Geschichte. Die Runde bedankte sich begeistert für diese besondere Führung.

Das LVR-Museum bietet diese Werkstatt-Besuche jedes Jahr am 3. Wochenende im Oktober an (kostenfrei, digital bitte vorab melden angesichts hoher Resonanz).

Pressefoto: LVR-Landesmuseum Bonn / Jürgen Vogel

Gemeinschaftlich wohnen – ein Modell mit Zukunft

Im vergangenen Jahr waren die Ruheständler*innen der Kölner GEW zu einer Veranstaltung in den Gemeinschaftsraum des Mehrgenerationenhauses WohnBunt in Köln eingeladen.

Maria Backhaus und Gudrun Müller–Reiners, Aktive Ruheständlerinnen

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie gemeinschaftliches Wohnen heute gelingen kann und welche Chancen diese Wohnform für unterschiedliche Generationen bietet.

Als Referentin stellte Sabine Seitz, zuständig für neue Wohnformen bei der GAG Immobilien AG, verschiedene Modelle gemeinschaftlichen Wohnens vor. Dazu zählen Projekte für Jung und Alt, inklusive Wohnformen mit und ohne Behinderung, multikulturelle Hausgemeinschaften sowie Demenz-Wohngemeinschaften, die selbstverantwortet durch Angehörige organisiert werden.

Deutlich wurde: Gemeinschaftliches Wohnen ist vielfältig und kann an sehr unterschiedliche Lebenslagen angepasst werden.

Sabine Seitz erläuterte zudem die Rolle der GAG Immobilien AG bei der Entstehung solcher Wohnprojekte. Das Wohnungsunternehmen sorgt für die notwendigen Rahmenbedingungen. Dazu gehören der Bau eines geeigneten Hauses mit einer Mischung aus preisgebundenen und freifinanzierten Wohnungen, die Sicherstellung der Förderung eines preisgebundenen Gemeinschaftsraumes, der Abschluss eines Kooperationsvertrags mit dem Bewohnerverein sowie die Bereitstellung einer Moderation für die Projektentwicklung. Als wichtige Aspekte für ein Gelingen gemeinschaftlicher Wohnprojekte nannte sie ein gemeinsames Ziel für das Zusammenleben sowie einen starken Vorstand des Bewohnervereins mit engagierten „Macher*innen“.

Einen lebendigen Einblick in die Praxis gaben anschließend zwei Bewohner*innen des Mehrgenerationenhauses WohnBunt: Jonas Thiele-Lemmer und Gudrun Müller-Reiners. Als Vertreter*innen der jungen und der älteren Generation – und beide Mitglieder der GEW – berichteten sie über die Entstehungsgeschichte des Projekts, das zugrunde liegende Wohnkonzept und ihre Erfahrungen nach einem Jahr des gemeinsamen Zusammenlebens.





Weitere Infos unter: https://wohnbunt-koeln.de/

Gegenseitige Unterstützung, Gemeinschaft und Individualität

Das Projekt entstand ursprünglich aus einem Freundeskreis und wurde in langjähriger Vorarbeit weiterentwickelt. Zentrale Schwerpunkte des Konzepts sind wechselseitige Unterstützung, das bewusste Austarieren von Nähe und Distanz, Jung und Alt sowie Gemeinschaft und Individualität. Hinzu kommen gemeinschaftliche hausinterne Aktivitäten, Nachbarschaftskontakte und aktive Quartiersarbeit sowie die Werbung für gemeinschaftliche Wohnprojekte.

Nach der langen Vorbereitungsphase – mit Vereinsgründung, Haussuche und Kooperation mit der GAG – ziehen Jonas Thiele-Lemmer und Gudrun Müller-Reiners ein überwiegend positives Resümee nach dem ersten Jahr des Zusammenlebens. Es gab viele schöne gemeinsame Momente, wie etwa Frühstücke, Gartenfeste sowie Spiel- und Filmabende. Kinder finden sowohl im Gemeinschaftsraum als auch auf dem Spielplatz im Garten Platz zum gemeinsamen Spielen.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass gemeinschaftliches Wohnen ein fortlaufender Prozess ist. Das Miteinander muss stetig weiterentwickelt werden, und ein angemessener Umgang mit Spannungen und Konflikten will gemeinsam erlernt und erarbeitet sein.

Das Projekt WohnBunt zeigt, dass solidarische Wohnformen mehr sein können als ein Dach über dem Kopf – sie schaffen Begegnung, stärken den Zusammenhalt über Generationen hinweg und leisten einen wichtigen Beitrag zu einem lebendigen und sozialen Quartier.

Einmalig – trotzdem wenig bekannt …

… das Zentrum für verfolgte Künste in Solingen







Silke Weinberger-Brümmer (Text) **und Helga Pennartz** (Fotos), Aktive Ruheständlerinnen

Haben Sie schon einmal bewusst ein Bild von Bruno Krauskopf oder Richard Seewald gesehen? Kennen Sie ein Werk von Klabund oder Rahel Sanzara? – Vermutlich nicht, obwohl alle vier in der Weimarer Republik anerkannte Maler*innen oder Schriftsteller*innen waren.

In der NS-Zeit wurden sie verfolgt, aus antisemitischen, politischen oder ähnlichen Gründen. Nicht alle landeten im KZ, einige von ihnen überlebten den zweiten Weltkrieg um viele Jahre; sie konnten aber an ihre früheren Erfolge nicht anknüpfen und starben fast vergessen – die Bundesrepublik interessierte sich nicht für sie und ihre Werke.

Es gab Ausnahmen: Jürgen Serke schrieb 1977 ein kiloschweres Buch über „Die verbrannten Dichter“. Ich fürchte, allzu viele Leser hat das Buch damals nicht gefunden, und die meisten der darin portraitierten 33 Literat*innen blieben weiterhin unbekannt. Dr. Gerhard Schneider sammelte über 3.000 Werke der bildenden Kunst des 20. Jahrhunderts, deren Schöpfer*innen aus denselben Gründen ebenso unbekannt blieben – aber das war eine private, keine öffentlich zugängliche Sammlung.

Der Anschlag von Solingen

1992, nach der Wiedervereinigung, kam es in Solingen zu einem ganz schwerwiegenden fremdenfeindlichen Anschlag. Das Haus der Familie Genç wurde angezündet, es gab fünf Todesopfer und über ein Dutzend zum Teil schwer Verletzte. Aber danach demonstrierten dort auch viele Menschen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung jeder Art. Vielleicht waren die schrecklichen Ereignisse ein Grund, warum man dort für solche Fragen weiterhin sensibel blieb und warum die Forderung nach einem Ort für verfolgte Künste gerade in Solingen immer auf der Tagesordnung war.

Trotzdem dauerte es noch über zwanzig Jahre bis 2015 in Räumen des Solinger Kunstmuseums das deutschlandweit einzigartige „Zentrum für verfolgte Künste“ eröffnete, mit den Sammlungen von Jürgen Serke (Literatur) und Gerhard Schneider (bildende Kunst) als Grundstock.

Der erste Besuch und der Besuch der Ruheständler*innen

Bei meinem ersten Besuch vor einigen Jahren war ich im Erdgeschoss. Dort werden in Vitrinen Fotos, Briefe, Erstausgaben u. ä. von Schriftsteller*innen gezeigt. Damals fühlte ich mich von der Menge der ausgestellten Gegenstände überfordert und hätte gerne eine kluge Führung gehabt, um durch diesen Dschungel geleitet zu werden. Deshalb habe ich einen Besuch der Ruheständler*innen angeregt. Wir waren diesmal im großen Saal im ersten Stock mit Gemälden und einer Skulptur. Dort gab es auch einen interaktiven Tisch, bei dem man nur den QR-Code danebenliegender Karten einscannen muss, um zu einem Kunstwerk und seinem Schöpfer/seiner Schöpferin mehr zu erfahren. Wir waren aber doch froh über unsere Führerin, die uns zu manchen der ausgestellten Werke so viel zu sagen wusste, dass wir die anderen nur noch anschauen konnten – und sie bewundern, denn die Werke sind qualitativ so gut, dass sie auch jedem anderen Kunstmuseum zur Ehre gereicht hätten.

Auf nach Solingen!

In die Literaturabteilung sind wir diesmal gar nicht gekommen, ich werde also wohl noch einmal wiederkommen müssen.

Eigentlich müsste diese Sammlung viel mehr Besucher*innen haben. Die ausgestellten Werke sind es wert, gekannt zu werden. Wenn wir sie vergessen oder die Menschen, die sie geschaffen haben, machen wir damit nachträglich die Nazis oder andere Unrechtsregime zu Siegern über die Vergessenen. Wollen wir das wirklich? Solingen ist nicht weit von Köln, wenn der ÖPNV mitspielt. Und zur Not gibt es neben dem Haus einen großen Parkplatz.

Deine Ansprechpartner*innen im Kreisverband Rhein-Berg

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Rhein-Berg
GEW NRW.

Unser Leitungsteam



Beate Lattenkamp
Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg
beate.lattenkamp@gew-nrw.de

Angelika Paulat
Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg
angelika.paulat@gew-nrw.de

Claudia Vogt
ÖPR Rhein-Berg, Ansprechpartnerin für Förderschulkolleg*innen mit dem Schwerpunkt Gemeinsamer Unterricht in der Grundschule
claudia.vogt@gew-nrw.de



Mirjam Wirtz
Fachgruppe Grundschule
ÖPR Rhein-Berg
mirjam.wirtz@gew-nrw.de



Susanne Lambertz
Fachgruppe Grundschule
BPR Grundschule
susanne.lambertz@gew-nrw.de



Sina Jäckle
Fachgruppe Grundschule
ÖPR Rhein-Berg
sina-vanessa.jaeckle@gew-nrw.de



Florian Lambertz
Fachgruppe Grundschule
florianlambertz@gmx.net



Canan Turhan
Sozialpädagogische Fachkraft
in der Schuleingangsstufe
canan.turhan@ggshand.nrw.schule



Michael Odinius
Fachgruppe Gymnasium
BPR Gymnasien/WBKs
michael.odinius@gew-nrw.de



Jutta Polzius
Fachgruppe Sonderpäd. Berufe
HPR Förderschulen/Klinikschulen
jutta.polzius@gew-nrw.de



Helga Pennartz
Ausschuss Aktive Senior*innen
helgapennartz@gmail.com

Wer seine Fachgruppe im Kreisverband Rhein-Berg nicht vertreten sieht, kann uns sehr gerne helfen jemanden zu finden, der sich für die Interessen und Besonderheiten der eigenen Schulform stark macht.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich gerne bei uns melden.

Wir für euch!

BAföG für Alle – denn: Wer die Butter hat, wird frech!



Kämpfen lohnt sich! Eine „BAföG-Reform“ kommt nun doch und bleibt zugleich völlig unzureichend. Erkämpft wurde sie im Konflikt um das massive Aufrüstungsprogramm und dem damit verbundenen Sozialkahlschlag. Doch damit ist die grassierende studentische Armut nicht mal im Ansatz behoben.

Während 77 Prozent der allein- oder in WG-wohnenden Studierenden weiterhin als armutsgefährdet gelten, ist die Anzahl der Superreichen mit einem Vermögen von mindestens 100 Millionen Dollar in der BRD nur im Jahr 2025 um 1.100 auf 5.000 angestiegen. Es wird deutlich: die studentische Armut ist nicht auf individuelles Versagen zurückzuführen, sondern auf ein politisches Programm der wenigen und eine dringend zu beseitigende Bremse menschlicher Entfaltung.

Deswegen jetzt erst recht: BAföG für alle!

Wer bei Bildung und Studium kürzt, greift das Recht auf ein menschenwürdiges Leben an. Schließlich geht es darum, zu einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, einer umfassenden Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft, sozialer Gerechtigkeit in weltweitem Maßstab sowie zur diplomatisch-zivilen Beendigung und Verhinderung internationaler Konflikte beizutragen (Stichwort: Zivilklausel!).

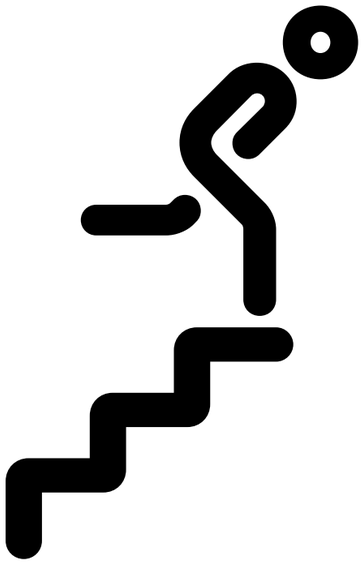
Studium ist deshalb weder das Privileg einiger weniger noch eine individuelle oder private Angelegenheit, sondern ein gesellschaftliches Erfordernis. Eine weitreichende BAföG-Reform stellt dementsprechend die notwendige Ermöglichung einer allumfassend gemeinwohlförderlichen, produktiven Tätigkeit dar: Studium gehört entlohnt.

Deshalb gehen wir bundesweit gemeinsam am Samstag, dem 12.12., in Berlin auf die Straße für ein bedingungsloses BAföG...

... unabhängig von den Eltern
... unabhängig vom Alter
... unabhängig von der Staatsangehörigkeit
... unabhängig von Regelstudienzeit und Credit Points
... als Vollzuschuss ohne Rückzahlungspflichten
... in angemessener Höhe, mindestens 1.500 € pro Monat

Der AStA der Uni Köln wird eine gemeinsame Anfahrt organisieren.
Näheres unter: https://www.asta.uni-koeln.de/2026/11/03/demo-gutes-studium-braucht-gute-soziale-grundlagen-fuer-ein-bafoeg-fuer-alle/

Höhergruppierung ohne Nachteile: GEW NRW fordert faire Behandlung der Tarifbeschäftigten



Petition für eine stufengleiche Höhergruppierung und eine politische Lösung für betroffene Lehrkräfte in NRW

Eine Höhergruppierung soll Beschäftigte besserstellen. Sie wechseln in eine höhere Entgeltgruppe und erhalten damit grundsätzlich ein höheres Gehalt. Doch nach den geltenden Regelungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) werden sie dabei nicht automatisch in dieselbe Erfahrungsstufe ihrer neuen Entgeltgruppe befördert. Das kann dazu führen, dass Beschäftigte (trotz Höhergruppierung!!) langfristig finanzielle Nachteile haben.

Mit der Petition „Berufserfahrung von Tarifbeschäftigten anerkennen – Höhergruppierung ohne Nachteile!“ fordert die GEW NRW deshalb eine grundlegende Änderung.

Bitte unterzeichnet die Petition unter
openpetition.org/hjtfv



Prof. Dr. Fabian Virchow im Großen Saal des DGB-Haus in Köln

Rechte Landnahme

Peter Heim, Mitglied der „forum“-Redaktion und des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln

Seit ihrer Gründung im Jahre 2013 hat sich die extreme Rechte bzw. die AFD systematisch in der Gesellschaft verankert und im politischen System etabliert: https://taz.de/Analyse-der-Wahlergebnisse-seit-1994/!6033149/ Bundesweit werden ihr aktuell zwischen 26% (Forsa) und Insa (30 % der Stimmen zugesprochen, deutlich mehr als der CDU. Er skizzierte dir Gründe für diese „Landnahme“ und legte die strategischen Ansätze der extremen Rechten offen:

Das wichtigste Element ihrer Strategie sei dabei die Emotionalisierung – gegen das „System“, und gleichzeitig eine Entpolitisierung durch identitätsstiftende Angebote in der Fläche, über Vereine, Sport, Feuerwehr...

Vor der möglichen Eroberung von Regierungsmacht und Macht in den Verwaltungen stand bis jetzt der Kulturkampf. Ein wichtiger Sieg sei 2025 die Verhinderung einer progressiven Juristin im Bundesverfassungsgericht (Fall Frauke Brosius) gemeinsam mit der CDU. Nun ginge es um den Machtkampf um Ressourcen, also der Zugriff auf Ressorts wie z.B. Finanzen, Bildung und Kultur, mit dem dieser Kulturkampf strukturell abgesichert werde, um das Innenministerium, also um das Gewaltmonopol des Staates, und die Justiz (Landesgesetzgebung).

Notwendigkeiten, Chancen und Potentiale – Was tun dagegen?

Virchow stellte Chancen und Risiken eines Verbotsverfahrens, aber auch die („Fallstricke“) dar. Zusätzliches Problem: Die Dauer. Trotzdem sollten wir es angehen. Folie 23-30

Aber was können wir zusätzlich vor Ort tun, und welche zusätzliche Bedeutung kommt dabei den Gewerkschaften zu, eventuell auch über ihr traditionelles Handlungsrepertoire hinaus?

Die Landtagswahlen in NRW als weiterer Kipppunkt? *

Bezogen auf die GEW NRW wies Virchow auf die zentrale Rolle des Bundeslandes NRW hin: Mit rund 13 Millionen von 60,5 Millionen im Bund stellt das Land mit rund 21% der Wählerschaft bald ein Viertel der Wahlberechtigte in Deutschland. Es gelte, den Aufwärtstrend der AFD zu brechen. Hier wird die Steigerung der AFD auf über 14,6% (!) auf angesetzt – von 2022 mit 5,4% und einer Wahlbeteiligung von 55,5% (über einen 14,5%-Anteil bei der Kommunalwahl 2025) zur Landtagswahl 2027 mit einer 20% Prognose). https://wahlergebnisse.io/wahlprognose/nordrhein-westfalen-2027

https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Nordrhein-Westfalen_2022

Zum Vergleich: In Baden-Württemberg mit einer Wahlbeteiligung von 69.6% lag die Steigerung gegenüber 2021 „nur“ bei 9,1%.

https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Baden-W%C3%BCrttemberg_2026

Virchows Anregungen: Aktiv die nächsten Monate in einer Kampagne nutzen, um in Gesprächen besonders in Sozialräumen mit besonders niedriger Wahlbeteiligung über die AFD aufklärend zu wirken – über die sonstigen Parteigrenzen hinaus. Denn gerade in der Aktivierung der bisherigen Nichtwähler und schwankender bisheriger „Mitte-Wähler“ sei die AFD bisher erfolgreich, in Ost u n d West.

Für Köln* hieße das: Ein breites Bündnis schmieden, mit der Gewerkschaft. Sich die Stadtteile mit besonders niedriger Wahlbeteiligung anschauen (s. Editorial forum 1_2026). Und Klinken putzen. Eine große Aufgabe. Und in den Schulen keine falsche Neutralität gegenüber dem Grundgesetz hegen. Ein bisschen Zivilcourage muss sein. Bis in die Schulleitungen und die Bezirksregierungen hinein.

Die gesamte Präsentation findet Ihr unter:

https://koeln.gew-nrw.de/fileadmin/Untergliederung/Koeln/Dateien_PDFs/Veranstaltungen/Nach-Sachsen-Anhalt-AfD-an-der-Schwelle-zur-Macht.pdf

Foto: Peter Heim

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Regionalgeschäftsstelle
Bergisch-Köln-Leverkusen

GEW NRW.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstands (GfV) der GEW Köln am Mittwoch, 17. März 2027 von 17.30 Uhr – 20.30 Uhr im großen Saal des DGB-Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock) Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Vorschlag zur Tagesordnung:

TOP 1 Finanzen
a) Haushalt 2026:
· Vorstellung des Haushaltsabschlusses 2026
· Kassenprüfungsbericht 2026
· Entlastung der Kassiererinnen für 2026
b) Haushalt 2027:
· Haushaltsplan 2027 & Beschluss über den Haushalt 2027

TOP 2 Rechenschaftsbericht des aktuellen Geschäftsführenden Vorstands (GfV)
Vorstellung des Rechenschaftsberichts, Rückfragen & Entlastung des GfV

TOP 3 Wahl des Wahlausschusses

TOP 4 Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand (GfV)
a) Erläuterungen zur Wahl durch den Wahlausschuss
b) Vorstellung der Kandidat*innen
c) Beginn der Wahlhandlung

TOP 5 Anträge
a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
b) sonstige Anträge

TOP 6 Austausch & Berichte
Berichte aus euren Arbeitszusammenhängen & Bildungseinrichtungen

TOP 7 Verschiedenes

Anträge an die MV müssen bis zum **10. März 2027 um 17.30 Uhr** in der GEW-Geschäftsstelle eingegangen sein. Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerkschaftliche Grüße
der Geschäftsführende Vorstand